

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Geschäftsbericht 2015/16



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Geschäftsbericht 2015/16

Inhalt

Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick	7
Das Unternehmen	9
Vorwort des Vorstandes	11
Konzern-Lagebericht 2015	15
1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns	15
1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren	15
1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage	17
1.3. Finanzlage	17
1.4. Vermögenslage	18
1.5. Mitarbeiter	19
1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)	20
1.7. Umwelt	21
1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	21
2. Voraussichtliche Entwicklung	21
3. Risikoberichterstattung	22
3.1. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten, denen der Konzern ausgesetzt ist	22
Absatz- und Umsatzrisiko	22
Operational-Risiko	22
Forschung und Entwicklung	22
Beschaffungsrisiko	23
Liquiditätsrisiko	23
Preisrisiko	23
3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten	23
4. Angaben gemäß § 243a UGB	24
Corporate Governance Bericht 2015	29

IFRS-Konzernabschluss	33
A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden	41
B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung	63
C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss	89
Bestätigungsvermerk	102
Bericht des Aufsichtsrates	109
Vorschlag für die Gewinnverteilung	110
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z3 BörseG	111



Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick:

		2015/16	2014/15
Umsatzerlöse	TEUR	40.516	35.869
Exportanteil	%	18,3%	16,0%
EBITDA	TEUR	8.119	7.407
Betriebsergebnis (EBIT)	TEUR	6.176	5.575
Ergebnis vor Steuern	TEUR	5.698	5.072
Periodenergebnis	TEUR	4.703	4.156
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	TEUR	20.277	18.560
Eigenkapitalquote	%	36,1%	34,9%
Fremdkapital	TEUR	35.875	34.611
Fremdkapitalquote	%	63,9%	65,1%
Personalstand im Durchschnitt		140	134
Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	7.500.000	7.500.000
davon Eigene Aktien (Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung und Rückkauf)	Stück	592.500	592.500
Angaben pro Aktie			
Ultimokurs	EUR	15,00	15,00
Periodenergebnis	EUR	0,68	0,60
Dividende	EUR	0,45 ¹	0,45

¹ Vorschlag für die Gewinnverwendung an die Hauptversammlung

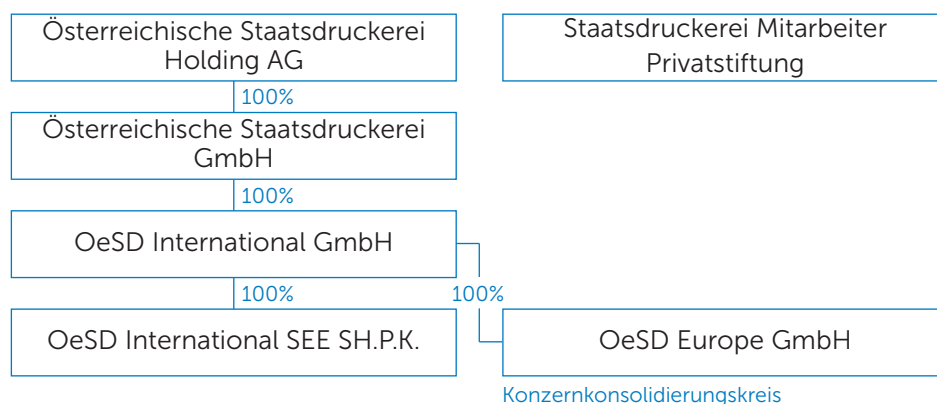
Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wurde auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung wie z.B. Teilnehmer/Innen, verzichtet. Entprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.



Das Unternehmen

Die Österreichische Staatsdruckerei (OeSD) verfügt über mehr als 200 Jahre Erfahrung auf den Gebieten Identitätsmanagement und Sicherheitsdruck. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und ihre Konzernunternehmen (OeSD Gruppe) sind Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementlösungen. Wir entwickeln und produzieren Hochsicherheitsidentitätsdokumente, wie z.B. den Reisepass mit Chip und biometrischen Sicherheitsmerkmalen, den Scheckkartenführerschein, den Personalausweis, den biometrischen Aufenthaltstitel mit Chip und den Scheckkartenzulassungsschein. Die Geschäftstätigkeit der OeSD Gruppe umfasst die Beratung für die Entwicklung, Implementierung und Verwaltung von Identitätsmanagementsystemen einschließlich Daten- und IT-Sicherheit und Biometrie und die Personalisierung von ID Dokumenten sowie die damit zusammenhängende Logistik. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die Produktion von fälschungssicheren Blankosicherheitsdokumenten und anderen Hochsicherheitsdruckprodukten. Neben zahlreichen internationalen Preisen ist die OeSD als „High Security Printer“ zertifiziert. Die OeSD Gruppe beliefert und betreut Kunden in mehr als 60 Staaten auf fünf Kontinenten.

Konzern Organigramm



Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat

Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender

Dr. Wilfried Stadler
Stellvertreter des Vorsitzenden

Mag. Wilhelm Hemetsberger
Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof

Martin Smit (seit 01.04.2015)

Thomas Sperlich (seit 01.03.2016)

Alfred Hahn (bis 29.02.2016)

Der Vorstand

Ing. Robert Schächter
Vorsitzender

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied



Prof. Reinhart Gausterer, Ing. Robert Schächter, Mag. Helmut Lackner

Vorwort des Vorstandes der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Sehr geehrte Damen und Herren!
Verehrte Aktionärinnen und Aktionäre!

Das Geschäftsjahr 2015/16 der Österreichische Staatsdruckerei präsentiert sich gleich in mehrfacher Hinsicht als überaus positiv. Wir konnten ein ausgezeichnetes Geschäftsergebnis erzielen. Der Auftrag zur Produktion von Reisedokumenten für die Europäische Union in den nächsten neun Jahren ist ein beeindruckender Ausweis unserer Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig haben wir entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt: Mit der Investition in eine moderne Stichtiefdruckmaschine gewährleisten wir die State-of-the-Art-Produktion im Bereich Security-Print. Und mit dem digitalen Ausweissystem MIA (My Identity APP) sind wir auch für den digitalen Wandel und seine Chancen erstklassig aufgestellt.

Erfreuliches Geschäftsergebnis

Die Österreichische Staatsdruckerei ist klar auf Wachstumskurs: Es ist uns erneut gelungen, sowohl im Inlands-, als auch im Auslandsgeschäft zu wachsen. Der Umsatz konnte um 13% auf TEUR 40.516 gesteigert werden. Das EBIT legte um 11% auf TEUR 6.176 zu.

Reisedokumente für die EU

Wir setzen die Strategie, als Dienstleister im Bereich Hochsicherheitstechnologie das Geschäftsfeld „sichere Identität“ national und international zu besetzen, konsequent um. Eindrucksvoll bestätigt wurde dies im Geschäftsjahr 2015/16 durch den Gewinn der internationalen Ausschreibung der Europäischen Kommission für die Produktion moderner EU-Reisedokumente (Laissez-Passer) über einen Zeitraum von neun Jahren hinweg. Auftragsinhalt ist die Bereitstellung des Datenerfassungssystems, die Produktion und die Personalisierung der Dokumente.

Investitionen in Technologie

Wir investieren laufend in unseren Standort in 1230 Wien, um eine moderne State-of-the-Art-Produktion bieten zu können. Im Geschäftsjahr 2015/16 betrugen unsere Investitionen TEUR 3.069. Wichtigstes Investment war die Neuanschaffung einer modernen Stichtiefdruckmaschine und rund zwei Millionen Euro. Stichtiefdruck ist eines der wichtigsten Sicherheitsmerkmale für gedruckte High Security Dokumente.

Sicher in der digitalen Welt

Die Digitalisierung stellt neue Herausforderungen an sichere Identitäten und eröffnet – wie in anderen Branchen – neue Geschäftsfelder und Märkte. Wir erforschen und entwickeln schon seit Jahren Ansätze und Lösungen für modernes und sicheres Identitätsmanagement. Am 12.11.2015 haben wir mit MIA (My Identity App) das weltweit erste, hochsichere digitale Ausweissystem vorgestellt. Die überaus

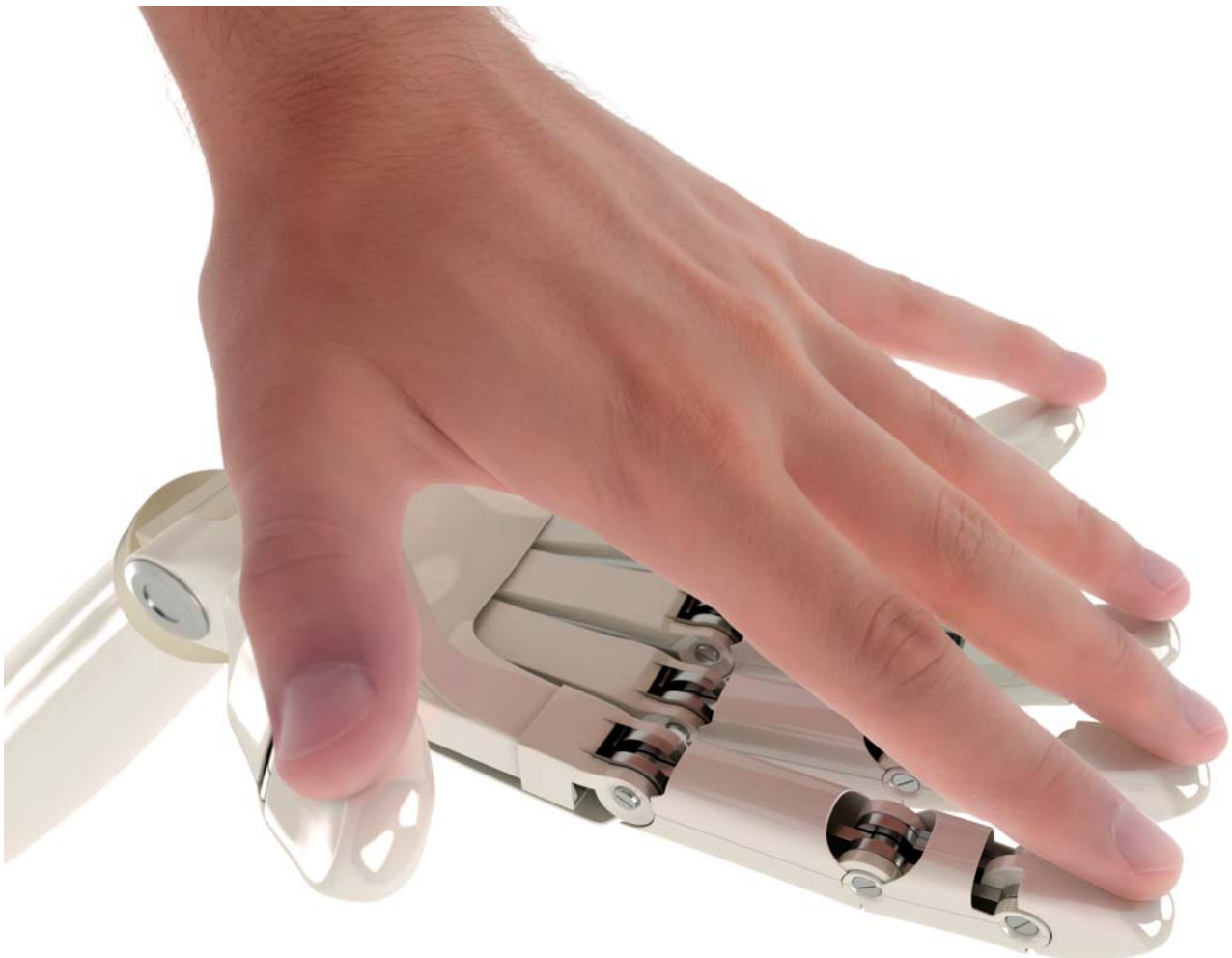
erfreulichen nationalen und internationalen Rückmeldungen und eine Auszeichnung im Rahmen der CeBIT 2016 machen deutlich, dass aus dem Traditionsunternehmen Staatsdruckerei ein Innovations-Player geworden ist.

OeSD-MitarbeiterInnen als wichtigstes Kapital

Arbeitsplätze zu sichern, sie attraktiv zu gestalten und die Vielfalt der Belegschaft zu fördern, sind zentrale Anliegen der OeSD. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter trägt zum Erfolg unseres Unternehmens bei. Im Rahmen der „Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung“ ist unsere Belegschaft seit März 2012 am Unternehmenserfolg beteiligt. Im Geschäftsjahr 2015/16 wurde im Zuge unserer Reauditierung für das Zertifikat Beruf und Familie der Themenschwerpunkt Gesundheitsförderung in unserer Human Resources Arbeit gestartet.

Zukunft sichern

Stabilität und Werterhaltung sowie Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft stehen im Mittelpunkt unserer Geschäftstätigkeit in den kommenden Jahren. Wir sind auf die Herausforderungen der Zukunft bestens vorbereitet: Dies gilt zum Einen etwa für die vermehrte Herstellung österreichischer Reisepässe in den kommenden beiden „Mega-Passjahren“. In den nächsten beiden Geschäftsjahren laufen ver-



mehrt österreichische Pässe ab. Zum Anderen entwickeln wir uns als Sicherheitsdienstleister weiter, der sichere Identität auch in der digitalen Welt schützt. Der Markt für sichere Identität im Online-Bereich wird rasant wachsen.

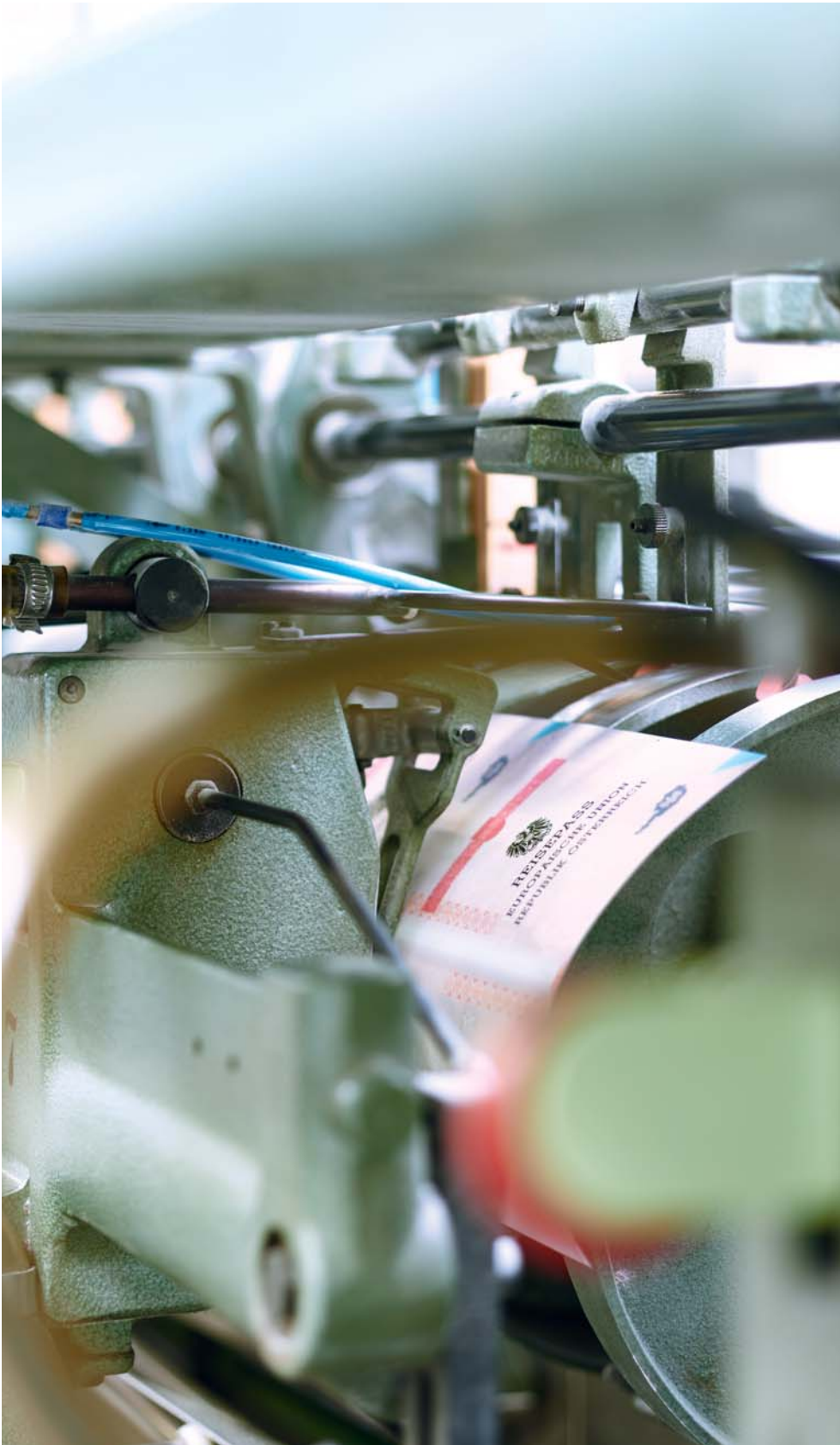
Mit unserem auf die Zukunft ausgerichteten Portfolio und einer hoch motivierten Belegschaft haben wir beste Voraussetzungen geschaffen, um die sich bietenden Chancen zu nutzen. Besonderer Dank gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrem Engagement und ihrer Expertise unseren Unternehmenserfolg möglich machen.

In diesem Sinn: Machen Sie sich mit dem vorliegenden Geschäftsbericht ein umfassendes Bild von den Erfolgen und der Zukunft unserer Österreichische Staatsdruckerei.

Wien, 31. Mai 2016



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Konzern-Lagebericht 2015/16

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns

1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäftsjahr 2015/16 betrifft den Zeitraum 01.04.2015 bis 31.03.2016. Sämtliche in diesem Lagebericht dargestellten Jahresabschlusszahlen basieren auf IFRS-Werten.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG umfasst neben der Gesellschaft selbst, die Österreichische Staatsdruckerei GmbH (OeSD), die OeSD International GmbH, die OeSD International SEE SH.P.K. (Kosovo), die OeSD Europe GmbH und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung.

Seit 11.11.2011 notieren die 7.500.000 auf Inhaber lautende Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction‘. Kernaktionäre der Gesellschaft sind mit einem Anteil von jeweils rund 45,7% die GRT Privatstiftung und die G3 Industrie Privatstiftung sowie mit einer Beteiligung von 4,9% die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Aktien handelt es sich aus Sicht des Konzerns um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hielt während des gesamten Berichtsjahres 225.000 eigene Aktien, dies entspricht 3% der ausgegebenen Aktien.

Mitglieder des Konzernvorstands waren im Berichtsjahr Herr Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herr Prof. Reinhart Gausterer und Herr Mag. Helmut Lackner. Zu Beginn des Geschäftsjahres gehörten folgende Personen dem Aufsichtsrat an: Herr Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Herr Dr. Wilfried Stadler (stellvertretender Vorsitzender), Herr Mag. Wilhelm Hemetsberger (stellvertretender Vorsitzender), Herr Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof, Herr Alfred Hahn (Arbeitnehmervertreter) und Herr Martin Smit (Arbeitnehmervertreter). Mit 29.02.2016 wurde Herr Alfred Hahn aufgrund seiner Pensionierung abberufen und an seiner Stelle wurde Herr Thomas Sperlich als Arbeitnehmervertreter ab 01.03.2016 neu entsandt. Im Geschäftsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und eine Sitzung des Prüfungsausschusses statt.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementleistungen. Dies umfasst die Entwicklung und Herstellung von Sicherheitsdokumenten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften geboten ist (Sicherheitsdruck, z.B. elektronische Reisepässe), die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen (z.B. Personalisierung und Consulting) sowie die Bereitstellung integrierter Identitätsmanagementsysteme. Ziel ist es den Konzern als Kompetenzzentrum für sichere Identität für Regierungen und Wirtschaft zu positionieren.

Die Produktion erfolgt zentral am Unternehmensstandort 1230 Wien, Tenschartstraße 7, auf einer Betriebsfläche von rund 7.000 Quadratmeter.

Es gelang im Geschäftsjahr 2015/16 erneut sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft die Umsätze zu steigern. Der Umsatz stieg von TEUR 35.869 auf TEUR 40.516. Im Berichtsjahr wurden 1,3 Mio. Reisepässe (im Vorjahr 0,8 Mio.), wie im Vorjahr 0,9 Mio. ID-Cards, 1,6 Mio. Visa (im Vorjahr 5,0 Mio.) und 9,8 Mio. Gutscheine (im Vorjahr 10,7 Mio.) abgesetzt.

Es konnte ein Inlandsumsatz von TEUR 33.099 erzielt werden (im Vorjahr TEUR 30.131). Bei nahezu sämtlichen wesentlichen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die vom Konzern hergestellt werden – elektronischer Reisepass, Zulassungsschein, Personalausweis und Aufenthaltstitel – wurden Zuwächse verzeichnet. Der Absatz der Führerscheine CARD war hingegen leicht rückläufig.

Der Auslandsumsatz betrug TEUR 7.418 (im Vorjahr TEUR 5.738). Entsprechend der Strategie integrierte Gesamtleistungen aus einer Hand anzubieten, wurden verschiedenste Elemente aus dem Gesamtangebotsportfolio zur Herstellung von Hochsicherheitsausweisen abgesetzt. So wurde die OeSD mit der Produktion moderner europäischer Reisedokumente (Laissez-Passer) von der Europäischen Kommission beauftragt. Auftragsinhalt war die Bereitstellung des Datenerfassungssystems sowie die Produktion und Personalisierung der Dokumente. Mit der Ausgabe der ersten Dokumente wurde im November 2015 begonnen. Der Vertrag läuft über neun Jahre. Vergleichbar mit diesem EU-Projekt war der Auftrag der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) über die Lieferung des Datenerfassungs- und Personalisierungssystems sowie die Herstellung von Blankodokumenten für Laissez-Passer-Reisedokumente. Weiters wurden für mehrere Staaten Visa- und Reisepassaufträge abgewickelt.

Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungsentwicklungen für eine sichere digitale Identität und konkreter Umsetzungsmöglichkeiten. Am 16.11.2015 stellte die OeSD im Rahmen einer Produktpräsentation von MIA (My Identity App) ihre Lösung für ein digitales Ausweissystem vor.

Im Zuge des Investitionsprogramms zur Sicherstellung einer State-of-the-Art-Produktion wurde im Berichtsjahr eine moderne Intaglio-Druckmaschine um rund EUR 2 Mio. bestellt. Intaglio Stichtiefdruck ist eines der wichtigsten Sicherheitsmerkmale für gedruckte High Security Dokumente. Die Maschine wird im 1. Quartal des Geschäftsjahres 2016/17 abgenommen werden.

Das im Geschäftsjahr 2012/13 von der OeSD angestrebte Schiedsgerichtsverfahren bei der Internationalen Handelskammer in Paris gegen die Republik Kosovo wegen offener Forderungen und Gewinnentgang ist nach wie vor im Laufen. Da die Republik Kosovo die vertragsgemäße Zuständigkeit des Schiedsgerichts bestritt, wurde in einem ersten Verfahrensschritt die Zuständigkeit geprüft. Im Oktober 2014 erklärte sich das Schiedsgericht für zuständig und nunmehr wurde die Klage der OeSD auch materiell behandelt. Mit einem Urteil ist frühestens im Juli 2016 zu rechnen. Der in den Vorjahren gewählte Bilanzansatz für Prozess- und Ausfallsrisiken bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus offenen Forderungen und Schadenersatzansprüchen gegen die Republik Kosovo wurde unverändert fortgeführt.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage

Die Summe aus den Umsatzerlösen (TEUR 40.516, im Vorjahr TEUR 35.869), den Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (TEUR –60, im Vorjahr TEUR –548), anderen aktivierten Eigenleistungen (TEUR 309, im Vorjahr TEUR 460) sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR 407, im Vorjahr TEUR 643) ergab Gesamterträge in Höhe von TEUR 41.173 (im Vorjahr TEUR 36.424).

Der Betriebsaufwand nahm aufgrund des Umsatzanstiegs zu: Der Materialaufwand erhöhte sich von im Vorjahr TEUR 14.547 auf TEUR 18.135. Der Personalaufwand stieg auf TEUR 10.921 (im Vorjahr TEUR 10.753). Die Abschreibungen lagen mit TEUR 1.943 über dem Vorjahr (TEUR 1.832). Der sonstige betriebliche Aufwand erreichte TEUR 3.997 (im Vorjahr TEUR 3.717).

Das Betriebsergebnis konnte auf TEUR 6.176 gesteigert werden (im Vorjahr TEUR 5.575). Nach Abzug des Finanzergebnisses (TEUR –477, im Vorjahr TEUR –503) und den Ertragsteuern (TEUR 995, im Vorjahr TEUR 916) ergab sich ein gestiegener Jahresüberschuss von TEUR 4.703 (im Vorjahr TEUR 4.156).

Unter Berücksichtigung des sonstigen Gesamtergebnisses nach Steuern aufgrund der Anwendung des IAS 19 von TEUR –5 (im Vorjahr TEUR –255) betrug das Gesamtergebnis TEUR 4.698 (im Vorjahr TEUR 3.901).

1.3. Finanzlage

Der Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit betrug im Berichtsjahr TEUR 6.516 (im Vorjahr TEUR 4.085). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf dem gestiegenen Jahresüberschuss (TEUR 4.703, im Vorjahr TEUR 4.156) und der geringeren Zunahme der kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR –244, im Vorjahr –1.498).

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit belief sich auf TEUR –3.069 (im Vorjahr TEUR –995). Das größte Investment entfällt auf die Anschaffung einer neuen Intaglio-Druckmaschine für die eine Anzahlung in Höhe von TEUR 1.933 geleistet wurde. Die übrigen Investitionen betreffen im Wesentlichen bauliche Investitionen

sowie technische Anlagen und Maschinen sowie andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit betrug TEUR –2.559 (im Vorjahr TEUR –4.075) und setzte sich zusammen aus der Zunahme der Geldkredite (TEUR 1.203, im Vorjahr TEUR 798) und der Abnahme von Leasingverbindlichkeiten (TEUR –654, im Vorjahr TEUR –1.054), sowie der Dividendenausschüttung von TEUR –3.108 (gekürzt um die Auszahlung an die Mitarbeiter im Wege der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung in Höhe von TEUR 165, die aufgrund der Darstellung im Personalaufwand bereits im Cash Flow der betrieblichen Tätigkeit erfasst ist). Im Vorjahr betrug die Dividendenausschüttung TEUR –2.458. Im Vorjahr kürzte auch der Kauf eigener Aktien um TEUR –1.361 den Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit.

Der Finanzmittelbestand stieg somit um TEUR 888 und betrug zum Bilanzstichtag TEUR 3.280 (im Vorjahr TEUR 2.392).

1.4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme stieg im Berichtsjahr um TEUR 2.980 und beträgt zum 31.03.2016 TEUR 56.152 (im Vorjahr TEUR 53.172).

Das langfristige Vermögen stieg um TEUR 536 auf TEUR 37.128 (im Vorjahr TEUR 36.592). Das kurzfristige Vermögen stieg um TEUR 2.444 auf TEUR 19.024 (im Vorjahr TEUR 16.580). Die wesentlichsten Zunahmen ergaben sich bei den Positionen der sonstigen kurzfristigen nicht finanziellen Vermögenswerte um TEUR 1.225 und bei den Zahlungsmitteln um TEUR 888.

Auf der Passivseite sank das langfristige Fremdkapital um TEUR 367 und betrug zum 31.03.2016 TEUR 20.174 (im Vorjahr TEUR 20.541).

Das kurzfristige Fremdkapital stieg um TEUR 1.631 und betrug zum 31.03.2016 TEUR 15.701 (im Vorjahr TEUR 14.070). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten um TEUR 830, der Ertragsteuerschulden um TEUR 316 sowie der sonstigen kurzfristigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten um TEUR 313.

Das Eigenkapital wuchs um TEUR 1.717 auf TEUR 20.277 (im Vorjahr TEUR 18.560). Die Eigenkapitalveränderung resultiert aus dem Gesamtergebnis von TEUR 4.698 abzüglich der Dividendenzahlung korrigiert um die Auszahlung an die Mitarbeiterstiftung von TEUR 3.108 zuzüglich der Dotierung der Aktienoptionsrücklage von TEUR 127.

Die Konzerneigenkapitalquote liegt bei 36,1% (im Vorjahr 34,9%).

1.5. Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug 140 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um sechs Personen erhöht. Von den 140 Mitarbeitern waren wie im Vorjahr 58 Arbeiter und 82 Angestellte (im Vorjahr 75). Es wurde kein Lehrling ausgebildet (im Vorjahr 1).

Der Anteil weiblicher Mitarbeiter im Konzern betrug 28% (im Vorjahr 27%). Die Frauenquote bei den Führungskräften beträgt 25% (im Vorjahr 31%).

Aufgrund der hohen Anforderungen an die Arbeitnehmer bezüglich Fachwissen und Vertraulichkeit ist der Konzern bemüht die Mitarbeiter langfristig an das Unternehmen zu binden. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 43 Jahre (im Vorjahr 44 Jahre). Die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit lag bei 14 Jahren (im Vorjahr 15 Jahre). Die Fluktuationsrate lag bei 4% (im Vorjahr 14%). Bereinigt um Pensionierungen beträgt die Fluktuationsrate 3% (im Vorjahr 12%).

Um die Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu steigern, wurde im März 2012 die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gegründet, die mit 4,9% an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beteiligt ist und Dividendenzahlungen der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an die Mitarbeiter der OeSD auszahlt. Damit partizipieren die Arbeitnehmer am finanziellen Erfolg und Wachstum des Unternehmens. Im Geschäftsjahr 2015/16 wurden TEUR 165 an 117 anspruchsberechtigte Mitarbeiter ausbezahlt (im Vorjahr TEUR 129 an 115 Mitarbeiter). Die Anspruchsberechtigung setzt eine Betriebszugehörigkeit von mehr als zwei Jahren voraus.

Der Konzern ist zertifiziert mit dem Audit Beruf und Familie und setzt entsprechende Aktivitäten um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu erhöhen. Im Berichtsjahr erfolgte eine Reauditierung. Der dort festgelegte Maßnahmenplan umfasst fünf Handlungsfelder: Schaffung von Gesundheitsbewusstsein und gesundheitsfördernden Maßnahmen, Services für Familien, Förderung von Teamgeist, alternative Möglichkeiten der Kinderbetreuung sowie verstärkte Intranet-Nutzung zur Kommunikation im Konzern.

Die Personalentwicklung wird mittels bedarfsorientierter Fördermaßnahmen sichergestellt. Die Bedarfserhebung erfolgt insbesondere im Rahmen des jährlichen Mitarbeitergesprächs.

Die im Vorjahr im Rahmen der Evaluierung der psychischen Belastungen ermittelten Maßnahmen wurden konsequent im Berichtsjahr umgesetzt.

1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns dienen der Stärkung der Kernkompetenzen Hochsicherheitsdruck, e-government und Identitätsmanagement. Ein wesentlicher Innovationsschwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung der digitalen Identität (digitaler Ausweis). Mit MIA (My Identity APP) stellte der Konzern am 12.11.2015 sein digitales Ausweissystem vor.

1.6.1. F&E Hochsicherheitsdruck

Im Hochsicherheitsdruck wird am Einsatz und der Weiterentwicklung von Sicherheitsmerkmalen gearbeitet. Seit 2010 existiert ein modernes Forschungs- und Qualitätszentrum mit fünf Mitarbeitern. Mit Spezialgeräten wird die Qualität der Vormaterialien und Endprodukte überprüft. Parallel werden neue Verfahren zur Fälschungssicherheit entwickelt.

Mit der neu angeschafften modernen Intaglio-Druckmaschine können neue Sicherheitsfeatures angeboten werden.

1.6.2 F&E e-government

Der Bereich e-government entwickelt Software, die für Steuerung, Optimierung und Qualitätskontrolle von Personalisierungsprozessen eingesetzt wird. Weiters werden im Bereich e-government neue Sicherheitstechnologien im Bereich der Kryptografie, Steganografie und der Wasserzeichen gemeinsam mit Partnern entwickelt und getestet.

Der Konzern nimmt derzeit an einem geförderten EU-Forschungsprojekt als Projektpartner teil. Im Rahmen des EU Forschungsprogrammes FP 7 geht es im Projekt „Fast Pass“ um die Entwicklung eines harmonisierten Prozesses für die Grenzkontrolle unter Verwendung von automatisierten Grenzkontrollsystemen (z.B. e-gates). Der Konzern hat hierbei den Part der Konzeption der IT-Systemarchitektur übernommen und koordiniert elf Partner aus mehreren EU Ländern. Das Projekt hat am 01.01.2013 begonnen und läuft bis 31.12.2016.

1.6.3. F&E Digitale Identität

Im Zuge des Entwicklungsschwerpunkts der digitalen Identität (digitaler Ausweis) arbeitet der Konzern an technischen Konzepten und User-orientierten Umsetzungen von digitalen Ausweisen auf Smartphones. In diesem Zusammenhang nimmt der Konzern an zwei Projekten des Österreichischen Forschungsförderungsprogrammes für Sicherheitsforschung ‚KIRAS‘ teil.

Im Projekt Modentity wird die mobile Kontrolle von Dokumenten mittels Smartphone untersucht (Start 11/2014, Laufzeit zwei Jahre). Das Projekt E-Participation sucht nach Anwendungsmöglichkeiten für sichere digitale Identität in Partizipationsprojekten (Start 10/2014, Laufzeit zwei Jahre).

Zur Unterstützung der Aktivitäten zur elektronischen Identität und entsprechender webbasierender Lösungen ist die Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2013/14 der FIDO Alliance beigetreten. Dabei handelt es sich um eine Allianz aller namhaften weltweit tätigen IT-Unternehmen, die das Ziel hat Softwarestandards für einfachen Login ohne Username/Password zu entwickeln. Die Mitgliedschaft in der FIDO Alliance stellt einen wichtigen Baustein im Rahmen der Entwicklung eines umfassenden Identitätsmanagements dar. Erst durch die standardisierte Einführung und Verwendung von biometrischen Merkmalen zur sicheren Authentifizierung im Web wird die Grundlage für tatsächlich sichere digitale Identitäten und deren einfache Verwendung ermöglicht. Die österreichische Staatsdruckerei GmbH liefert vor allem in den Bereichen Privacy und Datenschutz ihr Know-how in die entsprechenden Arbeitsgruppen der FIDO Alliance ein.

Mit der Präsentation von MIA (My Identity App) am 12.11.2015 stellte der Konzern seine Lösung für ein digitales Ausweissystem vor. MIA integriert alle Ausweisdokumente in einer App. Die Ausweise können auf dem Smartphone gezeigt werden, ohne dass persönliche Daten dort gespeichert werden. Zeitgleich mit der Präsentation begann auch die Vermarktung des Systems. Der Abschluss erster Kundenverträge wird im Geschäftsjahr 2016/17 erwartet. Parallel wird MIA laufend weiterentwickelt.

1.7. Umwelt

Im Konzern wurde ein Umweltmanagementsystem gemäß ISO 14001 eingerichtet. Das erstmalige Audit fand am 19.04.2011 statt, das letzte Überwachungsaudit erfolgte im März 2016. Die wesentlichen Umweltziele sind die Reduktion des Ressourceneinsatzes (Energie, Papier), die Optimierung der Brandschutzmaßnahmen sowie der Arbeitnehmerschutz.

1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Bilanzstichtag kamen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung vor.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Für das Kerngeschäft in Österreich – den Sicherheitsdokumenten – bestehen seit vielen Jahren aufrechte Lieferverträge und eine hohe Kundenzufriedenheit, womit eine solide Basis für die nächsten Geschäftsjahre gegeben ist. Die personalisierten Reisepässe für Erwachsene haben in Österreich eine Gültigkeitsdauer von zehn Jahren. In den kommenden Geschäftsjahren 2016/17 und 2017/18 verlieren überdurchschnittlich viele dieser Reisepässe ihre Gültigkeit. Es wird daher in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein Anstieg des Reisepassabsatzes und ein damit verbundener Umsatz- und Ergebniszuwachs im nationalen Geschäft erwartet.

Das Wachstum des Konzerns wird über weitere Produktinnovationen sowie die Verbreiterung des Angebotsportfolios getrieben. Proaktive Vertriebsarbeit im Ausland soll eine nachhaltige Umsatzsteigerung im Ausland sicherstellen.

Neben den Marktzielen liegt der Managementfokus auf einer weiteren Vertiefung der Produktions- und Sicherheitskompetenz des Konzerns um den höchsten Kundenanforderungen gerecht zu werden.

3. Risikoberichterstattung

3.1. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten, denen der Konzern ausgesetzt ist

Absatz- und Umsatzrisiko

Ein großer Teil der Produkte des Konzerns hat die Republik Österreich als Abnehmer, so dass die Absatzmengen und Umsatzerlöse des Konzerns maßgeblich von der Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen mit der Republik Österreich beeinflusst werden.

Aufgrund der seit vielen Jahren aufrechten Lieferverträge mit der Republik Österreich (insbesondere des neuen elektronischen Reisepasses mit Fingerprint, des Scheckkartenführerscheines und der Personalausweis CARD) und der hohen Kundenzufriedenheit schätzen wir das Absatz- und Umsatzrisiko gering ein. Seit 2010 läuft ein EU-Verfahren gegen die Republik Österreich über die Vergabep Praxis bei Sicherheitsdokumenten an die Österreichische Staatsdruckerei GmbH. Im Jahr 2015 hat die EU Klage gegen die Republik Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. Hier bleibt abzuwarten, ob dies Änderungen der künftigen Vergabep Praxis nach sich zieht.

Operational-Risiko

Der Konzern ist nach ISO 9001 zertifiziert. Das letzte Überwachungsaudit fand im März 2016 statt. Darüber hinaus ist der Konzern von der International Confederation for Printing and Allied Industries (Intergraf) als „High Security Printer“ zertifiziert. Das letzte Überwachungsaudit im Rahmen der ISO 14298 fand im September 2015 statt. Mit diesem zertifizierten Qualitäts- und Sicherheitsmanagement wird das Operational Risiko minimiert.

Zur Minimierung möglicher Risiken aus der Informationstechnologie setzen wir moderne Hardware und aktuelle Software ein. Im Jahr 2004 wurde die Software „SAP“ erfolgreich eingeführt und seither laufend erweitert. Höchstes Augenmerk wird auf IT-Security und Datenschutz gelegt. Dem Rechnung tragend hat sich der Konzern im Dezember 2012 erstmals dem ISO-Audit 27001 Informationssicherheit unterzogen und wurde erfolgreich zertifiziert. Die Rezertifizierung fand im März 2016 statt.

Darüber hinaus wurde in Abstimmung mit dem österreichischen Innenministerium ein Datenschutzbeirat eingerichtet, der insbesondere den Umgang mit persönlichen Daten bei der Herstellung von Ausweisdokumenten im Konzern überwachen und optimieren soll.

Forschung und Entwicklung

Da unsere Forschung und Entwicklung sehr anwendungsbezogen und größtenteils durch unser eigenes Personal erfolgt, sehen wir derzeit kein Risiko, dass konkrete

Projekte nicht fortgeführt werden oder die Zulassung für daraus hervorgehende Produkte nicht erteilt wird.

Beschaffungsrisiko

Bei der Lieferantenauswahl sind Qualität und Liefersicherheit die wesentlichen Entscheidungskriterien. Für die wesentlichen Materialien und Dienstleistungen bestehen mittel- und langfristige Liefervereinbarungen. Soweit möglich wird eine Second-Source-Strategie verfolgt, sodass Lieferausfälle vermieden werden. Zur Absicherung von Gewährleistungs- und Garantieansprüchen werden entsprechende Haftrücklässe einbehalten.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos im Konzern erfolgt durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Soweit bei Kreditverträgen bestimmte Finanzkennzahlen erreicht werden müssen, hat der Konzern die Finanzkennzahlen in der Vergangenheit immer erreicht und ist seinen Verpflichtungen aus den Kreditverhältnissen nachgekommen.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existieren langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indexierten Verkaufspreisen. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte ebenfalls mittel- und langfristige Rahmenverträge. Das Preisrisiko halten wir daher für gering.

3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten

Da der Konzern zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften als Kunden hat, war das Forderungsausfallsrisiko in den letzten Jahren sehr gering. Im Reisepassprojekt Kosovo kam es im Geschäftsjahr 2012/13 aufgrund offenbar doloser Handlungen zu Zahlungsausfällen, die beim Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris eingeklagt wurden. Die ursprüngliche Klagsforderung betrug TEUR 3.081, wobei TEUR 1.512 bereits im Geschäftsjahr 2012/13 wertberichtigt wurden. Im Nachtrag wurde auch der entgangene Gewinn eingefordert, sodass der aktuelle Streitwert TEUR 5.867 beträgt. Mit einem Urteil der Internationalen Handelskammer ist frühestens im Juli 2016 zu rechnen.

Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen in Euro, sodass das Fremdwährungsrisiko sehr gering ist.

Wertpapiere werden lediglich in geringfügigem Ausmaß gehalten. Im Berichtsjahr wurden wie auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

4. Angaben gemäß § 243a UGB

Zusammensetzung Kapital, Maßgebliche Aktionäre und Angaben zur Ausübung von Stimmrechten (§ 243a Abs. 1 UGB)

Das Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Gemäß § 243a Abs. 1 Z 3 UGB anzugebende Aktionäre mit einer Beteiligung von zumindest 10% sind die GRT-Privatstiftung und die G3 Industrie Privatstiftung mit jeweils rund 45,7%.

Die im März 2012 gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,9%. Jede Verfügung über diese Anteile durch die Stiftung (z.B. Verkauf, Verpfändung, Schenkung usw.) bedarf der Zustimmung durch die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

Die Stiftung wird durch den Stiftungsvorstand vertreten. Vorsitzender des Stiftungsvorstands ist Herr Mag. Helmut Lackner, der auch Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist. Bei der Ausübung ihrer Stimmrechte wird die Stiftung durch den Stiftungsvorstand vertreten.

In der Hauptversammlung vom 30.09.2011 wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst, die künftig Auswirkungen auf das Eigenkapital der Konzernmuttergesellschaft entfalten können:

- ◆ Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien ausgeschlossen (genehmigtes Kapital I.).
- ◆ Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei kann ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien vorgesehen werden (genehmigtes Kapital II.).
- ◆ Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs. 2 AktG, innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch-

oder Bezugsrecht auf bis zu 3.750.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu TEUR 3.750 verbunden ist, in einer oder mehreren Tranchen auszugeben und sämtliche Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 174 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 153 AktG im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung ausgeschlossen.

- ◆ Beschluss über eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu TEUR 3.750 durch Ausgabe von bis zu 3.750.000 Stück neue, auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen (bedingtes Kapital).

In der Hauptversammlung vom 11.07.2014 wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder auf Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 14.09.2012 widerrufen, dessen Inhalt durch den neuen Beschluss obsolet geworden ist.

Weiters wurde im Geschäftsjahr 2012/13 ein Aktienoptionsprogramm für Mitglieder des Vorstands beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 bzw. 11.07.2014 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2012/13 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme von Herrn Vorstandsvorsitzenden, Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit EUR 3,00 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltensfrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt in Einklang mit den Bestimmungen des IFRS 2. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Berichtsjahr ein Aufwand von TEUR 127 (im Vorjahr TEUR 197) verbucht und als Gegenposition eine Optionsrücklage im Eigenkapital gebildet. Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurde.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit zum 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher nicht mehr am Aktienoptionsprogramm teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag. Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung im Vorjahr in Höhe von TEUR 402 abgefunden. Im Ausmaß von TEUR 195 erfolgte dabei eine Kürzung der Optionsrücklage, der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Somit nimmt zum Bilanzstichtag 31.03.2016 lediglich Herr Prof. Reinhart Gausterer am Optionsprogramm teil. Ihm sind 90.000 Optionen eingeräumt. 67.500 Optionen können bereits gezogen werden, weitere 22.500 Stück können erstmals zum 01.04.2017 ausgeübt werden. Es wurden bislang noch keine Optionen ausgeübt. Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 1.080 (im Vorjahr TEUR 810).

Bislang fanden zwei Aktienrückkaufprogramme statt:

Das erste Rückkaufprogramm fand vom 30.09.2013 bis 18.10.2013 statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Das zweite Rückkaufprogramm fand vom 04.09.2014 bis 19.09.2014 statt. Erneut wurden 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Die Gesellschaft hält somit in Summe 225.000 Stück eigene Aktien. Für das Aktienoptionsprogramm werden maximal 112.500 Stück benötigt.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 243a Abs. 2 UGB)

Unter dem internen Kontrollsystem (IKS) sind sämtliche aufeinander abgestimmte Methoden und Maßnahmen zu verstehen, die dazu dienen, das Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten und die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik zu unterstützen.

Das Risikomanagement umfasst sämtliche Prozesse, die der Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken sowie der Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Risikokontrolle dienen.

Die Einrichtung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. die Finanzberichterstattung liegt in der Verantwortung des Vorstands. Das am Sitz der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG angesiedelte Rechnungswesen ist für die Finanzbuchhaltung und das Controlling aller in den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG einbezogenen Unternehmen zuständig. Das Rechnungswesen ist direkt dem Vorstand unterstellt.

Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wird sichergestellt, dass die gesetzliche Vorgabe, dass die Eintragungen in die Bücher und die sonstigen Aufzeichnungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet zu erfolgen haben, erfüllt wird.

Der gesamte Prozess von der Beschaffung bis zur Zahlung unterliegt Regeln und Richtlinien, die die wesentlichen damit im Zusammenhang stehenden Risiken vermeiden sollen. Zu diesen Maßnahmen und Regeln zählen beispielsweise Funktionstrennungen, Unterschriftenordnungen, ausschließlich kollektive und auf we-

nige Personen eingeschränkte Zeichnungsermächtigung für Zahlungen sowie systemunterstützte Prüfungen durch die verwendete SAP-Software. Durch dieses systematische Kontrollmanagement ist gewährleistet, dass die Rechnungslegung der Gesellschaft in Einklang mit den nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards sowie internen Richtlinien steht.

Zwischen Controlling und der Finanzbuchhaltung besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Informationen des internen und externen Rechnungswesens basieren auf derselben Datenbasis und werden monatlich für das Berichtswesen abgestimmt. Das Berichtswesen umfasst neben unmittelbar finanziellen Leistungsindikatoren (einschließlich Soll-Ist-Vergleiche) auch Informationen über sonstige für die Unternehmenssteuerung relevante Betriebskennzahlen. Auf Basis dieses standardisierten Finanzberichtswesens wird der Vorstand laufend über alle relevanten Sachverhalte informiert. Bei bedeutenden Ereignissen erfolgt eine unmittelbare anlassbezogene Berichterstattung an den Vorstand.

Der Aufsichtsrat wird in zumindest einer pro Quartal stattfindenden Aufsichtsratsitzung über den laufenden Geschäftsgang inklusive operativer Planung und mittelfristiger Strategie unterrichtet. In besonderen Fällen wird der Aufsichtsrat auch unmittelbar informiert. Die Überwachung des internen Kontrollsystems erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung und Behandlung im Aufsichtsrat.

Wien, 31. Mai 2016



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Corporate Governance Bericht 2015/16 Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Unsere Gesellschaft, die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s), mit Sitz in 1230 Wien, deren Aktien zum Handel auf dem geregelten Markt im Sinn des § 1 Abs. 2 BörseG in Österreich zugelassen sind, erteilt folgenden Corporate Governance Bericht in Übereinstimmung mit § 243b des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB):

1. Unsere Aktien werden im Handelssegment „Standard Market Auction“ der Wiener Börse gehandelt.
2. Der in Österreich allgemein anerkannte Corporate Governance Kodex ist der vom österreichischen Arbeitskreis für Corporate Governance herausgegebene „Österreichische Corporate Governance Kodex“.
3. Der „Österreichische Corporate Governance Kodex“ kann im Internet unter www.corporate-governance.at/ angefordert und abgerufen werden.
4. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bekennt sich zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Unternehmensführung. Unsere zentralen Werte Sicherheit und Vertrauen prägen seit jeher unser Handeln.

Die durch den Corporate Governance Kodex vorgegebenen Leitlinien zur Unternehmensführung werden somit im Laufe des langjährigen Bestehens unseres Unternehmens implementiert ohne sich dabei formal auf diesen Kodex zu beziehen.

5. Angaben zur Zusammensetzung des Vorstands

Name	Geburtsjahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Ing. Robert Schächter	1958	Vorsitzender	29.07.2010	28.07.2020
Prof. Reinhart Gausterer	1952		29.07.2010	30.06.2017
Mag. Helmut Lackner	1968		29.07.2010	28.07.2020

6. Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Name	Geburtsjahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Dr. Johannes Strohmayer	1950	Vorsitzender	29.07.2010	HV 2016
Dr. Wilfried Stadler	1951	Vorsitzender-Stellvertreter	29.07.2010	HV 2016
Mag. Wilhelm Hemetsberger	1958	Vorsitzender-Stellvertreter	29.07.2010	HV 2016
Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof	1955		11.07.2014	HV 2016
Martin Smit	1972		01.04.2015	n.a.
Thomas Sperlich	1972		01.03.2016	n.a.
Alfred Hahn	1954		19.10.2010	29.02.2016

7. Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2015/16 wurden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats abgehalten.

8. Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss ist der einzige vom Aufsichtsrat eingerichtete Ausschuss und besteht per Oktober 2011 aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats.

9. Angaben zum Vorstand

Im Geschäftsjahr 2015/16 wurden zehn Sitzungen des Vorstandes abgehalten. Der Vorsitzende des Vorstandes Herr Ing. Schächter verantwortete die Strategie, Konzernentwicklung und Kommunikation. Herr Prof. Gausterer ist zuständig für International Sales. Herr Mag. Lackner verantwortet die Bereiche Produktion und Finanzen.

10. Maßnahmen zur Förderung von Frauen in leitender Stellung

Es ist Ziel des Konzerns Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen zu fördern, ohne jedoch Quoten festzulegen. Rund ein Drittel der Führungskräfte im Konzern sind weiblich.

11. Compliance Richtlinie

Mit einer konzernweit verpflichtenden Compliance-Richtlinie will der Konzern die missbräuchliche Verwendung von Insider-Informationen verhindern. Die Richtlinie basiert auf den aktuellen österreichischen Rechtsvorschriften. Die Richtlinie gilt uneingeschränkt für alle Mitarbeiter des Konzerns, die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie Berater. Zu den Aufgaben des Compliance-Verantwortlichen zählt die Kontaktpflege zu den von der Richtlinie erfassten Personen, die Information zu Sperrfristen und Handelsverboten, die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen sowie die Sicherstellung des korrekten Umgangs mit Compliance-relevanten Daten.

12. Code of Conduct

Der Aufsichtsrat hat in seiner 6. Sitzung am 14.02.2012 eine Verhaltensrichtlinie für den Konzern verabschiedet. Der Konzern verpflichtet sich darin, bei seinen unter-

nehmerischen Aktivitäten seine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Dabei werden die Gesetze und maßgeblichen Regeln der Länder beachtet, in denen der Konzern tätig ist. Die wesentlichen Grundsätze der Richtlinie sind Anti-Diskriminierung, Gesundheitsschutz, Umweltschutz, gewaltfreies Verhalten am Arbeitsplatz, korrekter Umgang mit fremdem geistigen Eigentum und Geschäftsgeheimnissen, die Ablehnung von Zwangs- und Kinderarbeit, die Einhaltung von Anti-Korruptionsbestimmungen sowie von Kartell- und Embargobestimmungen.

In der 10. Aufsichtsratssitzung am 05.03.2013 wurden eine Neufassung des Code of Conduct und eine Antikorruptionsrichtlinie auf Basis des Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetzes 2012 beschlossen. In der Folge wurden alle Mitarbeiter des Konzerns über den neuen Code of Conduct, die Anti-Korruptionsrichtlinie, Kapitalmarkt-Compliance sowie das Informationssicherheitsmanagement ISO 27001 des Konzerns persönlich geschult.

Angaben gemäß §243b (2) 3.

Die Vorstandsbezüge von Herrn Prof. Reinhart Gausterer und Herrn Mag. Helmut Lackner setzen sich aus einem Grundgehalt und einem variablen Gehaltsbestandteil (Prämie) zusammen. Die Prämie bemisst sich nach dem Konzernergebnis. Darüber hinaus gibt es ein Aktienoptionsprogramm für die Mitglieder des Vorstands. Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag. Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 im Geschäftsjahr 2014/15 abgefunden.

Die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2015/16 betrugen von Herrn Prof. Reinhart Gausterer TEUR 262 (davon TEUR 63 variabel) und von Herrn Mag. Helmut Lackner TEUR 297 (davon TEUR 124 variabel).

Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Herrn Ing. Schächter miteinschließt.

Wien, 31. Mai 2016



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender

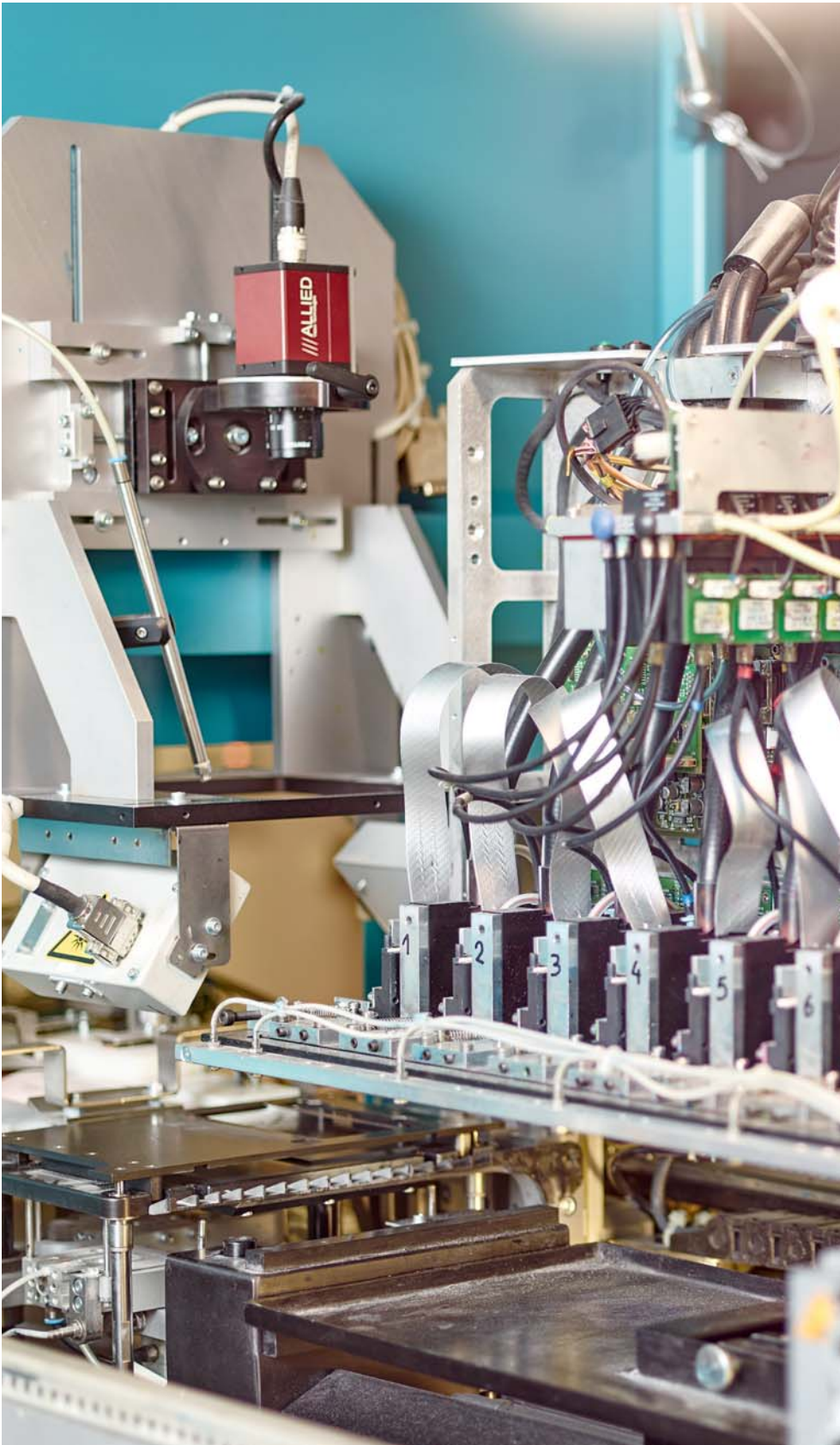


Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG



IFRS-Konzernabschluss

der

**Österreichische Staatsdruckerei
Holding AG**

Tenschertstraße 7
1230 Wien

zum

31.03.2016

Inhaltsverzeichnis

IFRS-Konzernabschluss 33

Konzern Gesamtergebnisrechnung 2015/16	36
Konzern Bilanz zum 31.03.2016	37
Konzern Geldflussrechnung 2015/16	38
Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals	39

A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden 41

1 Rechnungslegungsgrundsätze	42
2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis	49
3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	51

B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung 63

1 Umsatzerlöse	63
2 Sonstige betriebliche Erträge	64
3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	64
4 Personalaufwand	64
5 Abschreibungen	65
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	65
7 Zinserträge und Zinsaufwendungen	66
8 Sonstiges Finanzergebnis	66
9 Ertragsteuern	66
10 Sonstiges Gesamtergebnis	67
11 Ergebnis je Aktie	68
12 Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	68
13 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	74
14 Vorräte	76
15 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	76
16 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	77
17 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	77
18 Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern	77
19 Eigenkapital	79
20 Rückstellungen	83
21 Finanzverbindlichkeiten	85
22 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	86
23 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	86
24 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	87

C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss 89

1 Segmentberichterstattung	89
2 Eventualverbindlichkeiten	91
3 Finanzinstrumente	91
4 Leasing	96
5 Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen	98
6 Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung	99
7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	99
8 Organe der Muttergesellschaft	100

Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten

Konzern Gesamtergebnisrechnung 2015/16

(alle Werte in TEUR)

	Erläuterungen	2015/16	2014/15
Umsatzerlöse	B1	40.516	35.869
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-60	-548
andere aktivierte Eigenleistungen	B12	309	460
sonstige betriebliche Erträge	B2	407	643
Gesamterträge		41.173	36.424
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	B3	-18.135	-14.547
Personalaufwand	B4	-10.921	-10.753
Abschreibungen	B5	-1.943	-1.832
sonstige betriebliche Aufwendungen	B6	-3.997	-3.717
Betriebsergebnis (EBIT)		6.176	5.575
Zinserträge	B7	2	6
Zinsaufwendungen	B7	-479	-525
sonstiges Finanzergebnis	B8	0	16
Finanzergebnis		-477	-503
Ergebnis vor Steuern (EBT)		5.698	5.072
Ertragsteuern	B9	-995	-916
Periodenergebnis		4.703	4.156
Beträge, die in künftigen Perioden nicht ergebniswirksam werden			
Neubewertung Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		-7	-340
Ertragsteuern		2	85
sonstiges Gesamtergebnis nach Ertragsteuern	B10	-5	-255
Gesamtergebnis		4.698	3.901
davon entfallend auf Eigentümer des Mutterunternehmens		4.698	3.901
Ergebnis je Aktie (unverwässert) in EUR	B11	0,68	0,60
Ergebnis je Aktie (verwässert) in EUR	B11	0,67	0,59

Konzern Bilanz zum 31.03.2016

(alle Werte in TEUR)

Vermögenswerte	Erläuterungen	31.03.16	31.03.15
<i>Langfristiges Vermögen</i>			
Immaterielle Vermögenswerte	B12	22.703	22.841
Sachanlagen	B12	14.032	12.820
Latente Steueransprüche	B18	393	202
Sonstige langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	B16	0	729
		37.128	36.592
<i>Kurzfristiges Vermögen</i>			
Vorräte	B14	5.290	5.043
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	B13	7.960	7.716
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	B15	146	305
Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	B16	2.349	1.124
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	B17	3.280	2.392
		19.024	16.580
Summe Vermögenswerte		56.152	53.172

Eigenkapital und Schulden

<i>Eigenkapital</i>	B19		
Grundkapital		7.500	7.500
Eigene Anteile		-6.915	-6.915
Rücklage aus Aktienoptionen		864	738
Gesetzliche Rücklage		750	750
Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		-376	-371
Einbehaltene Gewinne		18.453	16.858
		20.277	18.560
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>			
Rückstellungen	B20	2.150	2.138
Finanzverbindlichkeiten	B21	14.992	15.273
Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	B23	2.884	2.813
Sonstige langfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B24	149	317
		20.174	20.541
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>			
Ertragsteuerschulden	B18	915	599
Finanzverbindlichkeiten	B21	7.686	6.856
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	B22	3.394	3.374
Sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	B23	150	0
Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B24	3.554	3.241
		15.701	14.070
Summe Eigenkapital und Schulden		56.152	53.172

Konzern Geldflussrechnung 2015/16

(alle Werte in TEUR)

	Erläuterungen	2015/16	2014/15
Periodenergebnis		4.703	4.156
unbare Aufwendungen und Erträge			
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	B5	1.943	1.832
- Gewinn / + Verlust aus dem Abgang von Sachanlagen		33	1
- Zuschreibungen / + Abschreibungen zu Wertpapieren	B8	16	-14
+ Dotierung Rücklage im Zusammenhang mit Aktienoptionsprogramm	B19	127	3
+ Ertragssteuern	B9	995	916
+ Finanzaufwendungen		451	465
- Finanzerträge		-19	-8
		8.249	7.351
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden			
- Zunahme / + Abnahme langfristiger nicht finanzieller Vermögenswerte	B16	729	-729
- Zunahme / + Abnahme der Vorräte	B14	-247	739
- Zunahme / + Abnahme kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	B13	-244	-1.498
- Zunahme / + Abnahme kurzfristiger finanzieller Vermögenswerte		117	-211
- Zunahme / + Abnahme kurzfristiger nicht finanzieller Vermögenswerte		-1.241	-756
+ Zunahme / - Abnahme langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	B23	71	279
+ Zunahme / - Abnahme sonstige langfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten		-168	-48
+ Zunahme / - Abnahme Rückstellungen		5	1
+ Zunahme / - Abnahme kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		42	-91
+ Zunahme / - Abnahme sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	B23	150	0
+ Zunahme / - Abnahme sonstige kurzfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten		339	541
- bezahlte Ertragsteuern		-852	-1.045
- bezahlte Zinsen		-477	-456
+ erhaltene Zinsen	B7	2	6
+ erhaltene Dividenden / Kapitalrückzahlungen		42	2
Geldflussrechnung aus der betrieblichen Tätigkeit		6.517	4.085
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellem Vermögen		8	2
- Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen und immaterielles Vermögen		-3.077	-997
Geldflussrechnung aus der Investitionstätigkeit		-3.069	-995
- Tilgung Geldkredite		-3.700	-2.202
+ Aufnahme Geldkredite		4.903	3.000
- Tilgung Leasing	B21	-654	-1.054
- Auszahlungen für Erwerb eigene Anteile	B19	0	-1.361
- Dividendenausschüttungen	B19	-3.108	-2.458
Geldflussrechnung aus der Finanzierungstätigkeit		-2.559	-4.075
Kapitalfluss aus der betrieblichen Tätigkeit		6.517	4.085
Kapitalfluss aus der Investitionstätigkeit		-3.069	-995
Free Cash Flow		3.448	3.090
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	B17	2.392	3.377
Veränderung Zahlungsmittel		888	-985
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	B17	3.280	2.392

Erläuterungen zur Geldflussrechnung finden sich unter Punkt C6.

Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals

(alle Werte in TEUR)

	Grundkapital	eigene Anteile	Kapitalrücklagen (Optionsrücklage)	Gesetzliche Rücklage	Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungs- orientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern- eigenkapital
Stand 01.04.2015	7.500	-6.915	738	750	-371	16.858	18.560
Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionsprogramm	0	0	127	0	0	0	127
Dividenden	0	0	0	0	0	-3.108	-3.108
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	4.703	4.703
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	-5	0	-5
Gesamtergebnis	0	0	0	0	-5	4.703	4.698
Stand 31.03.2016	7.500	-6.915	865	750	-376	18.453	20.277

	Grundkapital	eigene Anteile	Kapitalrücklagen (Optionsrücklage)	Gesetzliche Rücklage	Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungs- orientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern- eigenkapital
Stand 01.04.2014	7.500	-5.554	735	750	-115	15.159	18.475
Erwerb eigener Anteile	0	-1.361	0	0	0	0	-1.361
Aktienoptionsprogramm	0	0	3	0	0	0	3
Dividenden	0	0	0	0	0	-2.457	-2.457
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	4.156	4.156
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	-256	0	-256
Gesamtergebnis	0	0	0	0	-256	4.156	3.900
Stand 31.03.2015	7.500	-6.915	738	750	-371	16.858	18.560

Erläuterungen zur Veränderung des Eigenkapitals finden sich unter Punkt B19.

Es liegen keine nicht beherrschende Anteile vor.





Erläuterungen zum Konzernabschluss zum 31.03.2016

A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH (FN 186375 g, HG Wien), die wiederum alle Anteile an der OeSD International GmbH (FN 292591 g, HG Wien) hält. Die OeSD International GmbH hält alle Anteile an der OeSD International SEE SH.P.K (Kosovo) und der im Geschäftsjahr 2012/13 neu gegründeten OeSD Europe GmbH (FN 382708 g, HG Wien).

Zum Konsolidierungskreis gehört seit dem Geschäftsjahr 2011/12 auch die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Diese Stiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet.

Diese Gesellschaften bilden den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, wobei die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG die oberste Konzerngesellschaft ist.

Die Tätigkeit des Konzerns umfasst vor allem die Herstellung von Sicherheitsprodukten und die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf Produkten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften (Sicherheitsdruck) geboten ist.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11.11.2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction‘. Kernaktionäre sind die GRT Privatstiftung und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von je rund 45,7 %, sowie die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit 4,9 %.

1 Rechnungslegungsgrundsätze

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erstellte zum 31.03.2010 erstmalig einen Abschluss nach IFRS. Als Übergangstichtag von den bisherigen Rechnungslegungsgrundsätzen (UGB) wurde der 01.04.2008 festgesetzt. Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS/IAS), den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretation Committee („IFRS IC“), sowie den Interpretationen des Standards Interpretation Committee („SIC“), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den nach §245a UGB zu beachtenden unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Standards und Interpretationen erstmalig angewendet:

neu angewandte IFRSs und IFRICs

Standard bzw. Interpretation		Anwendungszeitpunkt (EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRIC 21	Angaben	17.06.2014	01.04.2015	keine
Diverse	jährliche Verbesserungen an den IFRS Zyklus 2010–2012	01.02.2015	01.04.2015	keine
Diverse	jährliche Verbesserungen an den IFRS Zyklus 2011–2013	01.01.2015	01.04.2015	keine
IAS 19	Änderungen: Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge	01.02.2015	01.04.2015	keine

IFRIC 21 Angabe

IFRIC 21 beinhaltet Leitlinien, wann eine Schuld für eine Abgabe anzusetzen ist, die von einer Regierung auferlegt wird. Die Interpretation gilt sowohl für Abgaben, die nach IAS 37 Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen bilanziert werden, als auch für Abgaben, bei denen Zeitpunkt und Betrag bekannt sind. IFRIC 6 bleibt in Kraft und im Einklang mit IFRIC 21. Die Anwendung der Änderungen hatte keinen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2010–2012

IASB veröffentlichte im Rahmen des jährlichen Verbesserungsprozesses einen Entwurf für Änderungen an elf IFRS. Die betroffenen IFRS bzw. Sachverhalte im Zyklus 2010 – 2012 sind:



- ◆ IFRS 2 Anteilsbasierte Vergütungen: Klarstellung der Definitionen von „Ausübungsbedingungen“ und „Marktbedingungen“ sowie Hinzufügung eigener Definitionen für „Leistungsbedingungen“ und Dienstbedingungen“.
- ◆ IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse: Klarstellung, dass als Vermögenswert oder Schuld klassifizierte bedingte Gegenleistungen zu jedem Abschlussstichtag zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind.
- ◆ IFRS 8 Geschäftssegmente: Klarstellung der erforderlichen Anhangangaben bei Aggregation von Geschäftssegmenten sowie zur Notwendigkeit der Überleitung der Summe der Vermögenswerte der Geschäftssegmente auf die Konzernvermögenswerte.
- ◆ IFRS 13 Bemessung des beizulegenden Zeitwerts: Klarstellung der weiterhin bestehenden Möglichkeit zum Verzicht auf die Abzinsung kurzfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten bei Unwesentlichkeit.
- ◆ IAS 16 Sachanlagen: Klarstellung des Erfordernisses einer proportionalen Anpassung der kumulierten Abschreibungen bei Anwendung der Neubewertungsmethode.
- ◆ IAS 24 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen: Klarstellung der Notwendigkeit von Angaben nach IAS 24 zu Mitgliedern der Unternehmensführung, wenn Managementfunktionen von juristischen Personen ausgeübt werden.
- ◆ IAS 38 Immaterielle Vermögenswerte: Klarstellung des Erfordernisses einer proportionalen Anpassung der kumulierten Abschreibungen bei Anwendung der Neubewertungsmethode.

Die Anwendung der Änderungen hatte keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer

Die Änderungen an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ betreffen die Bilanzierung von Arbeitnehmerbeiträgen oder von Dritten geleisteten Beiträgen bei leistungsorientierten Plänen. IAS 19 regelt nunmehr, wie die in den formalen Bedingungen eines Pensionsplans enthaltenen Beiträge von Arbeitnehmern oder Dritten bilanziert werden, wenn diese mit der Dienstzeit verknüpft sind. Die Anwendung der Änderungen hatte keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS-Zyklus 2011 – 2013

Darüber hinaus betreffen die Jährlichen Verbesserungen der IFRS-Zyklus 2011 – 2013 die nachfolgenden vier Standards:

- ◆ IFRS 1 Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards: Die Änderung verdeutlicht das Wahlrecht des Unternehmens bei seinem ersten IFRS-Abschluss zwischen der Anwendung von derzeit verpflichtend anwendbaren IFRS und der vorzeitigen Anwendung von neuer oder veränderter IFRS, die noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Eine kontinuierliche Anwendung der gleichen Fassung eines Standards über alle Perioden hinweg ist verpflichtend.
- ◆ IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse: Der Anwendungsbereich von IFRS 3 wird klargestellt: Die Gründungen aller Arten von gemeinsamen Vereinbarungen sind außerhalb des Anwendungsbereichs von IFRS 3. Der Ausschluss aus dem Anwendungsbereich gilt nur für den Abschluss der gemeinsamen Vereinbarung

selbst und nicht für die Abschlüsse der beteiligten Unternehmen der gemeinsamen Vereinbarung.

- ◆ IFRS 13 Bewertung des beizulegenden Zeitwerts: Die Änderungen konkretisieren den Anwendungsbereich von den Portfolioausnahmen in IFRS 13.52. Die Ausnahme umfasst alle Verträge, die nach IAS 39 oder IFRS 9 bilanziert werden, unabhängig davon, ob sie die Definition eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit in IAS 32 erfüllen.
- ◆ IAS 40 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien: Die Abgrenzung von IFRS 3 und IAS 40 wird konkretisiert. Erfüllt die Transaktion die Voraussetzungen eines Unternehmenszusammenschlusses nach IFRS 3 und gehört zur Transaktion eine Renditeimmobilie, sind für diese Transaktion sowohl IFRS 3 als auch IAS 40 (unabhängig voneinander) anzuwenden (IAS 40.14A). Der Erwerb einer Renditeimmobilie kann demnach die Voraussetzung für den Erwerb eines einzelnen Vermögenswertes (oder Gruppe) aber auch die eines Unternehmenszusammenschlusses nach IFRS 3 erfüllen.

Die Anwendung der Änderungen hatte keinen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

Die folgenden Standards und Interpretationen wurden verabschiedet, gelten aber noch nicht für Geschäftsjahre, die am oder vor dem 31.03.2016 enden, und werden daher von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG noch nicht angewendet. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG wird die Standards mit Inkrafttreten anwenden.

Neue, aber noch nicht anzuwendende bzw. angewendete Bilanzierungsregeln

Standard bzw. Interpretation		Anwendungszeitpunkt (EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IAS 16 IAS 41	Änderungen: fruchttragende Pflanzen	01.01.2016	01.04.2016	keine
IFRS 11	Änderungen: Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen	01.01.2016	01.04.2016	keine
IAS 16 IAS 38	Änderungen: Klarstellung zu akzeptablen Abschreibungsmethoden	01.01.2016	01.04.2016	keine
Diverse	jährliche Verbesserungen an den IFRS-Zyklus 2012-2014	01.01.2016	01.04.2016	keine
IAS 1	Änderung: Darstellung des Abschlusses	01.01.2016	01.04.2016	keine
IAS 27	Änderungen: Equity-Methode in Einzelabschlüssen	01.01.2016	01.04.2016	keine



Änderungen zu IAS 16 and IAS 41: fruchttragende Pflanzen

Die Änderungen an IAS 16 „Sachanlagen“ und IAS 41 „Landwirtschaft“ betreffen die Finanzberichterstattung für fruchttragende Pflanzen. Fruchttragende Pflanzen, die ausschließlich zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte verwendet werden, werden in den Anwendungsbereich von IAS 16 gebracht. Das bedeutet, dass sie analog zu Sachanlagen bilanziert werden können. Mangels Anwendungsfällen werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IFRS 11: Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen

Die Änderungen behandeln die Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und gemeinschaftlichen Tätigkeiten. Mit dieser Änderung werden neue Leitlinien für die Bilanzierung des Erwerbs von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb darstellen, in IFRS 11 eingefügt. Mangels Anwendungsfällen werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IAS 16 and IAS 38: Klarstellung zu akzeptablen Abschreibungsmethoden

Mit den Änderungen an IAS 16 „Sachanlagen“ und IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ wird klargestellt, dass erlösbasierte Methoden zur Berechnung der Abschreibung eines Vermögenswertes nicht angemessen sind, da der Erlös aus Aktivitäten üblicherweise auch andere Faktoren als den Verbrauch des künftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswertes widerspiegelt. Weiters wird geregelt, dass Erlöse generell nicht als geeignete Basis für die Bewertung des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens eines immateriellen Vermögenswertes angesehen werden, wobei diese Annahme unter bestimmten und begrenzten Umständen widerlegt werden kann. Erlösbasierte Methoden werden bereits aktuell nicht für die Berechnung der Abschreibung herangezogen, sodass sich daraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben werden.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2012–2014

Darüber hinaus betreffen die jährlichen Verbesserungen der IFRS-Zyklus 2012 – 2014 die nachfolgenden vier Standards:

- ◆ IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“ - betreffen die Klarstellung, dass ein Wechsel von der Kategorie „zur Veräußerung gehalten“ in die Kategorie „zu Ausschüttungszwecken gehalten“ und umgekehrt keine Bilanzierungsänderung nach sich zieht.
- ◆ IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ - werden einerseits Ergänzungen zur Einbeziehung von Verwaltungsverträgen und andererseits zu Angaben zur Saldierung von zusammengefassten Zwischenabschlüssen vorgeschlagen.
- ◆ IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ - Die Änderungen betreffen die Klarstellung, dass bei der Ermittlung des Diskontierungszinssatzes in Währungsräumen nicht nur Unternehmensanleihen des gleichen Landes sondern auch derselben Währung zu berücksichtigen sind.
- ◆ IAS 34 „Zwischenberichterstattung“ - es wird vorgeschlagen, einen Querverweis zu Angaben im Zwischenbericht einzufügen.

Es werden keine Änderungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IAS 1: Darstellung des Abschlusses

Im Dezember 2014 veröffentlicht das IASB Änderungen an IAS 1 Darstellung des Abschlusses. Die Änderungen beinhalten im Wesentlichen die folgenden Punkte:

- ◆ Klarstellung, dass Anhangangaben nur dann notwendig sind, wenn ihr Inhalt nicht unwesentlich ist.
- ◆ Erläuterungen zur Aggregation und Disaggregation von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung.
- ◆ Klarstellung, wie Anteile am sonstigen Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen in der Gesamtergebnisrechnung darzustellen sind.
- ◆ Streichung einer Musterstruktur des Anhangs hin zur Berücksichtigung unternehmensindividueller Relevanz.

Es werden keine Änderungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IAS 27: Equity Methode in Einzelabschlüssen

Durch die geringfügigen Änderungen an IAS 27 „Einzelabschlüsse“ wird den Unternehmen ermöglicht, die Equity-Methode für Anteile an Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen in ihren Einzelabschlüssen anzuwenden. Es werden keine Änderungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Nachfolgende Standards sowie Interpretationen und Änderungen zu bestehenden Standards, die ebenfalls vom IASB herausgegeben wurden, sind im Konzernabschluss zum 31.03.2016 der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG noch nicht verpflichtend anzuwenden. Deren Anwendung setzt voraus, dass sie im Rahmen des IFRS-Übernahmeverfahrens („Endorsement“) der EU angenommen werden. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG plant die Standards mit Inkrafttreten anzuwenden.

Standard bzw. Interpretation		Erwarteter Anwendungszeitpunkt (EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS 16	Leasing	01.01.2019	geplant mit 01.04.2019	werden derzeit noch untersucht
IAS 7	Angabeninitiative	01.01.2017	geplant mit 01.04.2017	werden derzeit noch untersucht
IAS 12	Aktive latente Steuern – nicht realisierte Verluste	01.01.2017	geplant mit 01.04.2017	werden derzeit noch untersucht
IFRS 9	Finanzinstrumente	01.01.2018	geplant mit 01.04.2018	werden derzeit noch untersucht
IFRS 14	Regulatorische Abgrenzungsposten	ausgesetzt	ausgesetzt	keine
IFRS 15	Umsatzerlöse aus Verträgen mit Kunden	01.01.2018	geplant mit 01.04.2018	werden derzeit noch untersucht
IFRS 10 IAS 28	Änderungen Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures	verschoben	verschoben	keine
IFRS 10 IFRS 12 IAS 28	Änderungen: Investmentgesellschaften: Anwendung der Konsolidierungsausnahme	01.01.2016	geplant mit 01.04.2016	keine



IFRS 16 - Leasing

Der IASB hat die finale Fassung des Standards, welcher den bisherigen Standard IAS 17 ersetzt, am 13.01.2016 veröffentlicht. Der Standard sieht vor, dass mit Ausnahme von geringwertigen Vermögenswerten künftig alle Miet- und Leasingverpflichtungen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten in der Bilanz des Mieters oder Leasingnehmers abzubilden sind. Auf eine Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Mietleasing wird verzichtet. Die bilanzielle Darstellung erfolgt als Nutzungsrecht und erhöht auf der Passivseite die Leasingverbindlichkeiten. Die Leasinggeber-Bilanzierung ist gegenüber dem bisherigen IAS 17 weitgehend unverändert, die unterschiedliche Behandlung von Finanzierungs- und Mietleasingvereinbarungen bleibt hier aufrecht. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

IAS 7 – Angabeninitiative

Die Änderungen folgen der Zielsetzung, dass ein Unternehmen Angaben zu leisten hat, die Adressaten von Abschlüssen in die Lage versetzen, Veränderungen in den Finanzschulden zu beurteilen. Um diese Zielsetzung zu erreichen, fordert der IASB, dass die folgenden Veränderungen im Fremdkapital als Ergebnis von Finanzierungstätigkeiten anzugeben sind: (i) Veränderungen bei den Cashflows aus Finanzierungstätigkeit; (ii) Veränderungen als Ergebnis der Erlangung bzw. des Verlusts von Beherrschung über Tochter- oder anderer Unternehmen; (iii) Auswirkungen von Wechselkursänderungen; (iv) Änderungen von beizulegenden Zeitwerten; und (v) sonstige Änderungen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

IAS 12 – Aktive latente Steuern – nicht realisierte Verluste

Mit der Änderung des IAS 12 wird klargestellt, dass Abwertungen auf einen niedrigeren Marktwert von Schuldinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welche aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, zu abzugsfähigen temporären Differenzen führen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

IFRS 9 Finanzinstrumente

Der IASB hat die finale Fassung des Standards im Zuge der Fertigstellung der verschiedenen Phasen seines umfassenden Projekts zu Finanzinstrumenten am 24.07.2014 veröffentlicht. Damit kann die bisher unter IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung vorgenommene Bilanzierung von Finanzinstrumenten nunmehr vollständig durch die Bilanzierung unter IFRS 9 ersetzt werden. Die nunmehr veröffentlichte Version von IFRS 9 ersetzt alle vorherigen Versionen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

IFRS 14 - Regulatorische Abgrenzungsposten

Mit IFRS 14 „Regulatorische Abgrenzungsposten“ wird einem Unternehmen, das ein IFRS-Erstanwender ist, gestattet, mit einigen begrenzten Einschränkungen, regulatorische Abgrenzungsposten weiter zu bilanzieren, die es nach seinen vorher angewendeten Rechnungslegungsgrundsätzen im seinem Abschluss erfasst hat. Dies gilt sowohl im ersten IFRS-Abschluss als auch in den Folgeabschlüssen. Re-

gulatorische Abgrenzungsposten und Veränderungen in ihnen müssen in der Darstellung der Finanzlage und in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im sonstigen Gesamtergebnis separat ausgewiesen werden. Außerdem sind bestimmte Angaben vorgeschrieben. Mangels Anwendungsfällen werden sich daraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Verträgen mit Kunden

In IFRS 15 wird vorgeschrieben, wann und in welcher Höhe ein IFRS-Berichtersteller Umsatzerlöse zu erfassen hat. Zudem wird von den Abschlusserstellern gefordert, den Abschlussadressaten informativere und relevantere Angaben als bisher zur Verfügung zu stellen. Der Standard bietet dafür ein einziges, prinzipienbasiertes, fünfstufiges Modell, das auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden ist. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss. Soweit variable Erlöse im Zusammenhang mit stückzahlenabhängigen Staffelpreisen bestehen, werden die im IFRS 15 vorgesehenen Regelungen bereits seit Jahren sinngemäß angewendet.

Änderungen zu IFRS 10 und IAS 28:

Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures

Die Änderungen betreffen die Beseitigung einer Inkonsistenz zwischen den Anforderungen von IFRS 10 und IAS 28. Es erfolgt eine Klarstellung bezüglich der Behandlung von nicht realisierten Erfolgen aus Transaktionen zwischen einem Investor und seinen assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen. Eine vollständige Erlöserfassung beim Investor hat zu erfolgen, wenn eine solche Transaktion einen Geschäftsbetrieb betrifft. Wenn eine solche Transaktion Vermögenswerte betrifft, die keinen Geschäftsbetrieb darstellen, ist eine teilweise Erlöserfassung vorzunehmen. Es werden keine Änderungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28:

Investmentgesellschaften: Anwendung der Konsolidierungsausnahme

Das IASB veröffentlicht Änderungen an IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ und IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ in Bezug auf die Konsolidierungsausnahme für Investmentgesellschaften. Die Änderungen dienen zur Klärung von drei Fragestellungen in Bezug auf die Anwendung der Konsolidierungsausnahme für Investmentgesellschaften, welche ihre Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert bewerten. Mangels Anwendungsfällen werden sich daraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

Zusammenfassend ist im Hinblick auf die künftige Anwendung der oben genannten Standards und Interpretationen von keinem signifikanten Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns Österreichische Staatsdruckerei Holding AG auszugehen.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG wendet die neuen Standards und Interpretationen nicht vorzeitig an.



2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis

Sämtliche in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen führen einheitlich den Bilanzstichtag 31. März. Nachdem alle Tochterunternehmen in Euro bilanzieren, war im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses keine Währungsumrechnung erforderlich. Es kam im Geschäftsjahr 2015/16 zu keinen Änderungen im Konsolidierungskreis.

Tochterunternehmen sind vom Konzern beherrschte Unternehmen. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er schwankenden Renditen aus seinem Engagement bei den Unternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrecht auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels seiner Verfügungsgewalt über das Unternehmen zu beeinflussen.

Tochterunternehmen werden von dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen (Vollkonsolidierung), ab dem die Kontrolle auf den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt endkonsolidiert, ab dem die Kontrolle endet. Die Bilanzierung erworbener Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode.

Beim Unternehmenserwerb werden die Vermögenswerte und Schulden der erworbenen Tochterunternehmen mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbszeitpunkt bewertet. Übersteigen die Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden, so wird der Unterschiedsbetrag als Firmenwert ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden zum Erwerbszeitpunkt ertragswirksam erfasst.

Die Ergebnisse der im Laufe eines Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden entsprechend vom effektiven Erwerbszeitpunkt oder bis zum effektiven Abgangszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie in das sonstige Ergebnis einbezogen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden einheitlich von allen Tochtergesellschaften angewendet.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten der Anteile mit dem Neubewerteten Eigenkapital der konsolidierten Tochterunternehmen zum Zeitpunkt des Erwerbs. Daraus resultierende aktivische Unterschiedsbeträge werden, soweit eine Zuordnung zu den einzelnen Vermögenswerten und Schulden nicht möglich ist, als Firmenwert unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden Ausleihungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, andere Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten mit den korrespondierenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen verrechnet.

Sämtliche konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zu berücksichtigende Zwischengewinne liegen nicht vor.

Der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen umfasst neben der Muttergesellschaft Österreichische Staatsdruckerei Holding AG folgende inländische Tochtergesellschaften:

- ◆ Österreichische Staatsdruckerei GmbH
(zu 100% im Eigentum der Muttergesellschaft)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 186375 g, HG Wien
- ◆ OeSD International GmbH
(zu 100% im Eigentum der Österreichische Staatsdruckerei GmbH)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 292591 g, HG Wien
- ◆ OeSD International SEE SH.P.K.
(zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
10000 Pristina, Tringe Smajli Nr. 31-1
B.No. 70819694, Ministry of Trade and Industry
- ◆ OeSD Europe GmbH
(zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 382708 g, HG Wien
- ◆ Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 37713 a, HG Wien

Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet. Mit den von den Stiftern zugewendeten Mitteln hat die Stiftung von den Aktionären der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG insgesamt 367.500 Aktien zu einem Kaufpreis von 11,5 EUR je Aktie erworben. Die Stiftung hält somit insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

Mit der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wird das Ziel verfolgt, die Mitarbeiter des Konzerns langfristig an den Konzern zu binden und diesen die Möglichkeit einzuräumen, am Unternehmenserfolg zu partizipieren.

Anlässlich der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung haben die Stifter alle relevanten Aktivitäten der Stiftung in der Stiftungsurkunde im Detail definiert und somit die Ausführung durch den Stiftungsvorstand, dessen Vorsitzender ein Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG oder Geschäftsführer der Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist, im Sinne der Stifter genau vorgeben. Maßgebliche Kompetenzen wie insbesondere das Recht zur Änderung der Stiftungserklärung sowie die Zustimmung über jegliche Disposition (Verkauf, Verpfändung, Schenkung) der von der Stiftung gehaltenen Aktien haben sich die Stifter ebenso vorbehalten wie unter bestimmten Voraussetzungen auch die Stellung der



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG als Letztbegünstigte. Schließlich besteht eine Verpflichtung der Stifter zur Tragung der laufenden Verwaltungskosten und Steuerzahlungen der Stiftung, da die Erträge aus deren einzigem Vermögen (den Aktien) an die Mitarbeiter weiterzuleiten sind. Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung ist demnach als Special Purpose Vehicle zu sehen, welches den von den Stiftern über die Stiftungsurkunde definierten Zweck erfüllt ohne vermögensrechtlich selbständig über die zugewendeten Aktien disponieren zu können.

Aus diesem Grund wird die Stiftung auch nach den Regeln des IFRS 10 als beherrschte - und damit konsolidierungspflichtige - Einheit behandelt. Bei den von der Stiftung an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG gehaltenen Aktien handelt es sich folglich aus der Sicht des Konzernabschlusses um eigene Aktien, deren Erwerb zu einer erfolgsneutralen Eigenkapitalminderung geführt hat. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt. Zuwendungen der Stiftung (aus den Dividenden der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG) an die begünstigten Arbeitnehmer werden im Konzernabschluss folglich als Personalaufwand erfasst.

Die bei der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung anfallenden laufenden Aufwendungen für Verwaltungskosten und Steuerzahlungen werden von den Stiftern gemäß ihrer Verpflichtung in der Stiftungsurkunde in Form von Nachstiftungen getragen. Es handelt sich bei dieser Verpflichtung im weiteren Sinn um Risiken, die mit Anteilen des Unternehmens an konsolidierten strukturierten Unternehmen einhergehen (IFRS 12.14). Im Geschäftsjahr 2014/15 wurden erstmalig (das heißt wirtschaftlich auch die Vorjahre betreffend) Nachstiftungen in Höhe von TEUR 422 getätigt, welche als konzerninterner Vorgang keine Auswirkungen auf das Periodenergebnis des Konzerns hatten.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde die OeSD Europe GmbH in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurden die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung und die OeSD International SEE SH.P.K. erstmals einbezogen. Aus der erstmaligen Einbeziehung haben sich mangels operativer Tätigkeit keine nennenswerten Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Firmenwerte entstehen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen und stellen die positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem erworbenen (anteiligen) neubewerteten Reinvermögen dar. Firmenwerte sind gemäß IFRS 3 nicht planmäßig abzuschreiben, sondern mindestens einmal jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung zu unterziehen. Für diesen Zweck werden die Firmenwerte auf jene zahlungsmittelgenerierenden Einheiten verteilt, die erfahrungsgemäß von den infolge eines Unternehmenszusammenschlusses entstehenden Synergien profitieren werden. Die Werthaltigkeitsprüfung eines Firmenwerts erfolgt, indem

der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit mit ihrem Buchwert einschließlich Firmenwert verglichen wird. Unterschreitet der erzielbare Betrag den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, so ist zunächst der Firmenwert abzuschreiben. Gegebenenfalls verbleibende Wertminderungen reduzieren pro rata die Buchwerte der anderen Vermögenswerte. Firmenwertabschreibungen dürfen in Folgeperioden nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt im Konzern aufbauend auf der vierjährigen Mittelfristplanung im vierten Quartal der Berichtsperiode.

Der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird mittels Discounted Cash Flow Methode (DCF) ermittelt. Beim erzielbaren Betrag handelt es sich um einen Nutzungswert. In der ewigen Rente wurden Wachstumsraten berücksichtigt. Wachstum wird dabei nach dem Modell von Gordon/Shapiro als Produkt von langfristiger Rendite und Thesaurierungsquote verstanden. Bei der Ermittlung der langfristigen Rendite wurde im Geschäftsjahr 2015/16 auf die aus Vergangenheitsdaten abgeleiteten EBIT-Margen der Peer Group abgestellt (im Vorjahr eigene Vergangenheits- und Planungsdaten unter Berücksichtigung eines Sicherheitsabschlages).

Die Kapitalkosten werden als gewichteter Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten berechnet und nach dem Capital Asset Pricing Model (CAPM) ermittelt.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden gemäß IAS 38 zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen und allfällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36, angesetzt. Die Nutzungsdauern betragen wie im Vorjahr 3 bis 10 Jahre. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG nicht vor.

Entwicklungskosten werden im Konzernabschluss bei Erfüllung der Ansatzkriterien gemäß IAS 38 mit den Herstellungskosten aktiviert und in weiterer Folge vermindert um planmäßige Abschreibungen bzw. allfällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36 angesetzt. Bei den aktivierten Entwicklungskosten handelt es sich u.a. um die Herstellungskosten für das Verfahren zur Produktion des österreichischen Reisepasses mit Chip und die MIA- My Identity App, welche die hochsichere Nutzung elektronischer Auseise für Smartphones ermöglicht. Die Herstellungskosten eines selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswertes umfassen alle direkt zurechenbaren Kosten, die erforderlich sind, den Vermögenswert zu entwerfen, herzustellen und so vorzubereiten, dass er für den vom Management beabsichtigten Gebrauch betriebsbereit ist. Die in der Berichtsperiode vorgenommenen Aktivierungen betreffen Entwicklungskosten für Scheckkartenformate mit Chip sowie weitere Sicherheitsinnovationen. Die Abschreibung erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Forschungsaufwendungen beziehen sich gemäß IAS 38 auf die eigenständige und planmäßige Suche mit der Aussicht, neue wissenschaftliche oder technische Er-



kenntnisse zu gewinnen, und werden als Aufwand in jener Periode erfasst, in der sie anfallen. Wenn eine Trennung von Forschungs- und Entwicklungskosten nicht möglich ist, dann werden die Entwicklungskosten ebenfalls in jener Periode als Aufwand erfasst, in der sie anfallen.

Sachanlagen

Sachanlagen, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten (einschließlich allenfalls aktivierungspflichtiger Rückbau- und Stilllegungskosten) abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen und allfälliger Wertminderungen bewertet. Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen umfassen neben den Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten werden bei Vorliegen eines qualifizierten Vermögenswertes aktiviert, wobei derzeit diesbezüglich kein Anwendungsfall vorliegt. Mangels derzeitiger Anwendungsfälle werden keine Zinsen in Zusammenhang mit der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte (IAS 23) angesetzt.

Gemietete oder geleaste Vermögenswerte, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen vom Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG getragen werden, werden mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen oder dem gegebenenfalls niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit passiviert. Die Vermögenswerte werden über die erwartete Nutzungsdauer oder gegebenenfalls über die kürzere Leasingdauer (bei nicht hinreichend sicherer Eigentumsübertragung am Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses) abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen betragen unverändert zum Vorjahr für:

	Abschreibungsdauer von
Grundstücke und Bauten	8 bis 26 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	2 bis 10 Jahre
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Fuhrpark	3 bis 10 Jahre

Sachanlagen werden auf Wertminderungen untersucht, wenn Ereignisse oder Änderungen der Verhältnisse darauf hinweisen, dass der Buchwert eines Vermögenswertes über dem erzielbaren Betrag liegt. Entsprechend den Vorschriften des IAS 36 wird ein Aufwand aufgrund einer Wertminderung erfasst, wenn der Buchwert über dem höheren Wert vom beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert liegt. Der beizulegende Zeitwert nach Abzug von Veräußerungskosten entspricht jenem Betrag, der in einer fremdüblichen Verkaufstransaktion erzielbar ist.

Der Nutzungswert entspricht den geschätzten abgezinsten Netto-Zahlungsströmen, die aus der fortgesetzten Nutzung eines Vermögenswertes und seinem Abgang am Ende der Nutzungsdauer zu erwarten sind. Bei der Ermittlung des Nutzungswertes schätzt der Vorstand die künftigen Netto-Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf Basis der Geschäftspläne, die aus bisherigen Ergebnissen und den besten Schätzungen bezüglich künftiger Entwicklungen abgeleitet wurden. In Einklang mit IAS 36 wird sichergestellt, dass künftige

Erweiterungsinvestitionen und Restrukturierungsausgaben (ohne bestehende Verpflichtung) nicht in die Nutzungswertberechnung einbezogen werden. Der Kapitalisierungssatz ist ein Vor-Steuer-Zinssatz, der die gegenwärtigen Markteinschätzungen, den Zeitwert des Geldes und die spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt. Wertminderungen werden unter den Abschreibungen erfasst. Entfällt gegebenenfalls die Wertminderung in einer Folgeperiode, so wird die Wertaufholung ergebniswirksam erfasst. Mangels Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung bei den Sachanlagen wurde im Geschäftsjahr 2015/16 (wie auch schon im Vorjahr) kein Werthaltigkeitstest vorgenommen.

Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen werden im Jahr des Anfalls als laufender Aufwand erfasst, Ersatz- sowie wertsteigernde Investitionen werden aktiviert. Bei Anlagenabgängen werden die Anschaffungskosten und die kumulierten Abschreibungen in den Büchern als Abgang erfasst, wobei die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen oder Aufwendungen erfasst wird.

Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt. Bei einer wesentlichen Änderung der Charakteristika und Modalitäten des Leasingverhältnisses kann eine Neu Beurteilung der Vereinbarung nach dessen Beginn erforderlich werden.

Leasingverhältnisse, bei denen dem Konzern (als Leasingnehmer) im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes übertragen werden, werden als Finanzierungsleasing eingestuft. Anderenfalls liegt ein operatives Leasingverhältnis vor. Sachanlagen, die im Zuge von Finanzierungsleasingverträgen erworben wurden, werden in Höhe des beizulegenden Zeitwertes des Leasinggegenstandes oder des niedrigeren Barwertes der Mindestleasingzahlungen zu Beginn des Leasingverhältnisses abzüglich Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt.

Der Konzern tritt lediglich in einem Fall als Leasinggeber auf. Dabei handelt es sich um ein operatives Leasingverhältnis. Der Leasinggegenstand wird nach den auf den Vermögenswert anwendbaren Regeln in Übereinstimmung mit IAS 16 angesetzt. Die Leasingzahlungen werden als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst.

Finanzinstrumente

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden angesetzt, wenn der Konzern vertragliche Vereinbarungen über ein Finanzinstrument trifft. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, sobald der Konzern die Verfügungsgewalt über das vertraglich zugesicherte Finanzinstrument verliert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertragliche Verpflichtung erlischt. Reguläre Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden am Abrechnungstag erfasst.



Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder erbrachten Leistung angesetzt. Transaktionskosten werden bei der erstmaligen Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes berücksichtigt, außer bei jenen Finanzinstrumenten, die als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ klassifiziert werden.

Die im Konzern vorkommenden Finanzinstrumente betreffen insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, finanzielle Vermögenswerte, Guthaben bei Kreditinstituten (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente), Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen sowie finanzielle Verbindlichkeiten. Derivative Finanzinstrumente liegen nicht vor.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie finanzielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren nach IAS 39 berechneten Vergleichswert angesetzt.

Wertminderungen werden dann erfasst, wenn aufgrund kundenspezifischer Umstände nicht mehr mit der Einbringlichkeit der Ansprüche zu rechnen ist. Indikatoren für Wertminderungen sind dabei insbesondere über den Schuldner eröffnete Insolvenzverfahren, erfolglose Mahn- und Exekutionsversuche und andere Informationen, die Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründen. Bei der Ermittlung von Wertminderungen wird die Bonität des Schuldners entsprechend berücksichtigt.

Der Buchwert des Vermögenswertes wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos reduziert. Der Wertminderungsverlust wird ergebniswirksam erfasst. Eine Ausbuchung der Forderung erfolgt, wenn sie als uneinbringlich eingestuft wird.

Da der Konzern zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften als Kunden hat, ist das Forderungsausfallsrisiko grundsätzlich sehr gering.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde in Zusammenhang mit den Ansprüchen aus einem Liefervertrag mit der Republik Kosovo eine Forderungswertberichtigung in Höhe von TEUR 773 gebildet. Es handelt sich hierbei um einen Einzelfall, welcher durch doloses Verhalten hervorgerufen wurde. Der Konzern hat am 01.02.2013 eine Schiedsgerichtsklage bei der internationalen Handelskammer in Paris eingebracht. Anteilige Prozess- und Verfahrenskosten wurden bei der Ermittlung der aus den Forderungen resultierenden erwarteten Zahlungsflüsse in Abzug gebracht. 2014 hat sich das Schiedsgericht konstituiert. Mit dem Abschluss des Verfahrens ist nach Einschätzung der befassten Rechtsanwaltskanzlei frühestens im Juli 2016 zu rechnen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente setzen sich aus dem Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammen (höchstens 3-Monats-Bindung) und werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Wertpapiere und Anteile werden mit dem Börsenkurs zum Stichtag bewertet, Wertschwankungen werden ertragswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen werden in der Bilanz als „Finanzverbindlichkeiten“ ausgewiesen. Diese werden bei Zuzählung in Höhe des tatsächlich zugeflossenen Betrags, das heißt abzüglich Transaktionskosten, erfasst. Ein allfälliges Agio, Disagio oder sonstiger Unterschied zwischen dem zugeflossenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird unter Verwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit der Finanzierung verteilt und im Zinsaufwand ausgewiesen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Vorräte

Die Vorräte umfassen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie unfertige und fertige Erzeugnisse. Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten der Fertigstellung und des Vertriebs.

Die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für gleichartige Vorräte erfolgt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Die Herstellungskosten beinhalten direkt zurechenbare Kosten (insbesondere Fertigungsmaterial und Fertigungslöhne) sowie alle anteiligen Material- und Fertigungsgemeinkosten auf Basis einer Normalauslastung. Fremdkapitalzinsen sowie allgemeine Verwaltungs- und Vertriebskosten werden, da keine qualifizierten Vermögenswerte vorliegen, nicht aktiviert.

Rückstellungen

Als Rückstellungen werden gemäß IAS 37 rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten ausgewiesen, die auf zurückliegenden Ereignissen beruhen, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden, und bei denen eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Unterscheidet sich der auf Basis eines marktüblichen Zinssatzes ermittelte Barwert der Rückstellung wesentlich vom geschätzten Zahlungsbetrag, wird der Barwert der Verpflichtung angesetzt.

Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern

Abfertigungen

Abfertigungsrückstellungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Mitarbeitern gebildet, die sich im Falle der Erreichung des Pensionsantrittsalters sowie bei der Beendigung des Dienstverhältnisses durch den Dienstgeber ergeben. Die Höhe der Ansprüche ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt maximal 12 Monatsgehälter. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen, des Pensionsantrittsalters und der Fluktuation. Um die Darstellung der Ertragslage zu verbessern, wurde im Rahmen der Umstellung auf die neuen Bilanzierungsregeln auch der Ausweis des Zinsaufwands aus personalbezogenen Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung geändert. Der Zinsaufwand wird im Finanzergebnis und nicht im Personalaufwand ausgewiesen.



Für alle nach dem 31.12.2002 in Österreich beginnenden Arbeitsverhältnisse besteht kein Direktanspruch des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber auf eine gesetzliche Abfertigung. Für diese Arbeitsverträge zahlt der Arbeitgeber monatlich 1,53% des Bruttoentgelts in eine Mitarbeitervorsorgekasse, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt werden. Bei diesem Abfertigungsmodell ist der Arbeitgeber nur zur regelmäßigen Leistung der Beiträge verpflichtet. Aus diesem Grund erfolgt eine Bilanzierung als beitragsorientierter Plan gemäß IAS 19.

Jubiläumsgelder

Gemäß einer Betriebsvereinbarung erhalten Arbeiter nach 25 Dienstjahren ein Jubiläumsgeld im Ausmaß von einem halben bzw. nach 40 Dienstjahren im Ausmaß von einem Monatslohn. Für Angestellte sieht die Betriebsvereinbarung nach 25 Dienstjahren eine Zuwendung von einem Monatsgehalt und nach 45 Dienstjahren eine Zuwendung im Ausmaß von zwei Monatsgehältern vor. Diese Betriebsvereinbarung gilt für Mitarbeiter mit einem Eintrittsdatum bis 31.12.2002. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen und der Fluktuation. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden sofort erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst.

Ertragsrealisierung

Erlöse werden im Zeitpunkt des Übergangs der Risiken und Chancen bzw. nach Leistungserbringung realisiert, sofern die Höhe der Erlöse verlässlich bestimmt werden kann und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zufließt. Die Abrechnung von bestimmten Produktgruppen erfolgt auf Basis eines Rahmenvertrages, der ein Entgelt pro Produkteinheit vorsieht, das in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der im Kalenderjahr ausgelieferten Produkten steht (stückzahlenabhängige Staffelpreise).

Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen.

Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer sonstigen Verbindlichkeit abgegrenzt.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird gemäß IAS 33 ermittelt. Demnach sind zwei Kenngrößen, das unverwässerte und das verwässerte Ergebnis je Aktie, zu berechnen und auszuweisen. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird durch Division des auf die Aktionäre der Gesellschaft entfallenden Anteils am Jahresüberschuss (Periodener-

gebnis) durch die gewogene, durchschnittliche Anzahl an ausstehenden Aktien während des Geschäftsjahres ermittelt. Eigene Anteile gehen nicht in die Berechnung der ausstehenden Aktien ein.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie wird durch eine Anpassung der Anzahl ausgegebener Aktien unter der Annahme ermittelt, dass alle verwässerungsfähigen Aktienbezugsrechte tatsächlich ausgeübt werden. Zum 31.03.2016 wurden wie in den Vorjahren die Auswirkungen des Aktienoptionsprogramms und der Rückkauf eigener Aktien berücksichtigt.

Zinsen, Nutzungsentgelte und Dividenden

Zinsen werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode gemäß IAS 39 erfasst. Dividenden werden bei Entstehen des Rechtsanspruchs der Aktionäre auf Zahlung erfasst. Nutzungsentgelte wie Mieten werden periodengerecht entsprechend den Vertragskonditionen realisiert.

Ertragsteuern

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst neben den laufenden Ertragsteuern auch die Veränderung der latenten Steuern.

Latente Steuern werden – unter Bedachtnahme auf die in IAS 12.15 und IAS 12.24 geregelten Ausnahmbestimmungen – für alle temporären Differenzen zwischen der Steuerbasis der Vermögenswerte/Verbindlichkeiten (tax base) und ihren Buchwerten im IFRS-Abschluss angesetzt (Balance Sheet Liability-Methode).

Hinsichtlich des künftigen Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG unterbleibt in Anwendung von IAS 12.32A der Ansatz künftiger Steueransprüche, da der IFRS-Buchwert des Firmenwerts höher ist als der steuerliche Firmenwert. Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenwertabschreibung (und in weiterer Folge auch den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat.

Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus.

Soweit latente Steuern im Rahmen einer Transaktion, die keinen Unternehmenszusammenschluss darstellt, aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit entstehen, die zum Zeitpunkt der Transaktion weder einen Effekt auf den bilanziellen noch auf den steuerlichen Gewinn oder Verlust hat, unterbleibt die Steuerabgrenzung sowohl zum Zeitpunkt des Erstansatzes als auch danach.

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen



entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden.

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuernder Gewinn verfügbar sein wird, gegen den die temporäre Differenz verwendet wird. Im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG liegen keine Verlustvorträge vor, so dass derzeit kein Anwendungsbereich für eine Aktivierung eines Steuervorteils aus Verlustvorträgen gegeben ist.

Zu jedem Bilanzstichtag werden die bisher unberücksichtigten sowie der Buchwert der gebildeten künftigen Steueransprüche neu eingeschätzt. Jene bisher nicht aktivierten künftigen Steueransprüche werden in dem Ausmaß berücksichtigt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass der zukünftige steuerbare Gewinn die Verwendung der künftigen Steueransprüche zulässt. Im Gegensatz dazu wird der Buchwert der aktivierten künftigen Steueransprüche in jenem Ausmaß wertberichtigt, in dem es nicht länger wahrscheinlich ist, dass in Zukunft genügend steuerbare Gewinne zur Verwendung der aktivierten künftigen Steueransprüche vorhanden sein werden.

Latente Steuern werden direkt mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben, wenn die Steuer sich auf Posten bezieht, die in derselben oder in einer anderen Periode mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben werden.

Latente Steuern werden unter Anwendung der Steuersätze und Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder im Wesentlichen gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuerforderung bzw. der Begleichung der latenten Steuerverbindlichkeit erwartet wird. Da der Ertrag der Gesellschaft lediglich in Österreich zu versteuern ist, kommt der derzeit gültige Körperschaftsteuersatz von 25% zur Anwendung.

Ermessensbeurteilungen und zukünftige Schätzungen

Im Zuge der Erstellung des Konzernabschlusses muss der Vorstand Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die Höhe der ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden sowie der angeführten Eventualverbindlichkeiten am Bilanzstichtag und die Aufwendungen und Erträge während des Berichtszeitraumes beeinflussen können. Die tatsächlichen Werte können von diesen Schätzungen abweichen. Sämtliche Schätzungen und Beurteilungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Insbesondere bei folgenden Annahmen und Schätzungen besteht ein Risiko, dass es in zukünftigen Geschäftsjahren zu einer Anpassung von Vermögenswerten und Schulden kommen kann:

- ◆ Versorgungspläne für Arbeitnehmer: Die Bewertung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldansprüche beruht auf einer Methode, bei der Parameter wie der erwartete Abzinsungsfaktor, Gehalts- und Pensionssteigerungen sowie Fluktuationsraten angewendet werden. Wenn sich die relevanten Parameter erheblich anders entwickeln als erwartet, kann dies Auswirkungen auf die Rückstellungen und in der Folge auf die Nettopersonalaufwendungen des Konzerns haben. Die diesbezüglichen Buchwerte und Sensitivitätsanalysen werden unter Punkt B20 dargestellt.
- ◆ Wertminderung: Die Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwertes sowie der sonstigen immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen basiert grundsätzlich auf geschätzten künftigen abgezinsten Netto-Zahlungsströmen. Faktoren wie geringere Umsatzerlöse und daraus resultierende niedrigere Netto-Zahlungsströme sowie Änderungen der verwendeten Abzinsungsfaktoren können zu einer Wertminderung führen. Es wurde für den Firmenwert zum Bilanzstichtag eine Wertminderungsprüfung durchgeführt, die zu keinen Aufwendungen aus Wertminderungen führten. Hinsichtlich Buchwert und weiterer Sensitivitätsberechnungen wird auf die Ausführungen unter Punkt B12 verwiesen.
- ◆ Einschätzung der Nutzungsdauern des Anlagevermögens: Die Nutzungsdauern werden nach den Gegebenheiten des Konzerns bei üblicher Instandhaltung festgelegt. Die tatsächliche Nutzungsdauer kann von diesen Einschätzungen abweichen. Eine Sensitivitätsanalyse ergab, dass sich die jährliche Abschreibung bei Veränderung der Restnutzungsdauer um -/+ ein Jahr um rund TEUR 589 (im Vorjahr TEUR 642) erhöht bzw. um rund TEUR 467 (im Vorjahr TEUR 397) verringert. Die Buchwerte sind unter Punkt B12 dargestellt.
- ◆ Gutschriften: Die Abrechnung von bestimmten Produktgruppen erfolgt auf Basis eines Rahmenvertrages, der ein Entgelt pro Produkteinheit vorsieht, das in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der im Kalenderjahr ausgelieferten Produkte steht (stückzahlenabhängige Staffelpreise). Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabsatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen. Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer sonstigen Verbindlichkeit abgegrenzt. Eine Verminderung der geschätzten Gesamtabsatzmenge um 10% hätte zum Ausweis eines um TEUR 41 (im Vorjahr TEUR 100) höheren Ergebnisses geführt. Eine Erhöhung der geschätzten Absatzmenge um 10% hätte zum Ausweis eines um TEUR 84 (im Vorjahr TEUR 50) niedrigeren Ergebnisses geführt.
- ◆ Werthaltigkeit Forderungen: Im Zusammenhang mit dem Kosovo-Liefervertrag wurden im Geschäftsjahr 2012/13 Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von TEUR 773 gebildet. Dabei wurden verschiedene Faktoren wie z.B. das allge-



meine Verfahrensrisiko, die Bestreitung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts durch den Kosovo, der auch die Möglichkeit eines Vergleichs berücksichtigt, mit einbezogen. Die Forderungen vor Wertberichtigungen betragen wie im Vorjahr TEUR 2.115. 2014 hat sich das Schiedsgericht konstituiert. In einem ersten Verfahrensschritt hat das Schiedsgericht seine Zuständigkeit geprüft und bestätigt. Im zweiten Verfahrensschritt erfolgt die materielle Prüfung durch das Schiedsgericht. Eine diesbezügliche Entscheidung steht noch aus. Die im Geschäftsjahr 2012/13 gebildeten Wertberichtigungen wurden unverändert fortgeschrieben, da aus dem laufenden Verfahren noch keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Erläuterungen und Buchwerte sind unter Punkt B13 ersichtlich.

- ◆ Anteilsbasierte Vergütungen (Aktienoptionsprogramm): Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt. Wesentliche Parameter sind dabei die Volatilität, der risikolose Zinssatz, die erwartete Dividendenrendite sowie Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern. Für den Fall, eines um 10% höheren bzw. 10% niedrigeren Optionswertes, hätte sich ein zusätzlicher bzw. geringerer Aufwand von TEUR 13 (im Vorjahr TEUR 20) bzw. TEUR 13 (im Vorjahr TEUR 19) für das Periodenergebnis ergeben. Angaben zum Buchwert der im Eigenkapital erfassten Rücklage finden sich unter Punkt B19.
- ◆ Vorräte: Bei der Bewertung der Vorräte werden Annahmen zur Gängigkeit sowie zu den erzielbaren Veräußerungspreisen getroffen. Da die Verkaufspreise im Regelfall fixiert sind und die Produktion primär auftragsbezogen erfolgt, bestehen bei der Bewertung der Vorräte keine nennenswerten Unsicherheiten. Die Buchwerte der Vorräte sind unter Punkt B14 ersichtlich.

Kapitalmanagement

Ziele des Kapitalmanagements sind:

- ◆ Sicherstellung der kurz-, mittel- und langfristigen Liquidität
- ◆ Steigerung des Unternehmenswertes
- ◆ Erreichung der Wachstumsziele des Konzerns
- ◆ Optimierung der Kapitalstruktur hinsichtlich der Refinanzierungskosten
- ◆ Dividendenfähigkeit
- ◆ Ertragskraft

Das wirtschaftliche Eigenkapital entspricht dem in der Konzernbilanz ausgewiesenen Eigenkapital. Bei einer Bilanzsumme von TEUR 55.152 (im Vorjahr TEUR 53.172) beträgt die Eigenkapitalquote zum 31.03.2016 36,1% (zum 31.03.2015 34,9%).





B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung

1 Umsatzerlöse

Kerngeschäft des Konzerns ist der Hochsicherheitsdruck und damit in Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Es gelang im Geschäftsjahr 2015/16 sowohl im Inlands- als auch im Auslandsge-
schäft die Umsätze zu steigern. Bei nahezu sämtlichen wesentlichen österrei-
chischen Hochsicherheitsausweisen, die vom Konzern hergestellt werden – Elek-
tronischer Reisepass, Zulassungsschein, Personalausweis, Aufenthaltstitel –
wurden Zuwächse verzeichnet.

Entsprechend der Strategie integrierte Gesamtleistungen aus einer Hand anzubie-
ten, wurden verschiedenste Elemente aus dem Gesamtangebotsportfolio zur Her-
stellung von Hochsicherheitsausweisen abgesetzt. Es konnte das EU-Projekt zur
Herstellung von EU-Laissez-Passer-Dokumenten mit Lieferung und Installation
von Datenerfassungsstationen gewonnen werden. Für mehrere Staaten wurden
Visa- und Reisepassaufträge abgewickelt.

Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungs-
entwicklungen für eine sichere elektronische Identität. Im November 2015 wurde
das Produkt MIA- My Identity App präsentiert, welches die hochsichere Nutzung
elektronischer Ausweise für Smartphones ermöglicht.

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Verteilung des Umsatzes auf In- und Aus-
land:

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Umsatz Österreich	33.099	30.131
Umsatz Ausland	7.418	5.738
Gesamt	40.516	35.869

Weitere Erläuterungen zu den Umsatzerlösen finden sich unter Punkt C1 im Rah-
men der Segmentberichterstattung.

2 Sonstige betriebliche Erträge

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Gesamt	407	643

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Berichtsjahr gutgeschriebene Bildungs- und Forschungsprämien sowie Forschungszuschüsse aus öffentlichen Mitteln in der Höhe von TEUR 240 (im Vorjahr TEUR 119) enthalten. Des Weiteren beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Umsatzboni von Lieferanten (TEUR 74, im Vorjahr TEUR 445) sowie Mieterträge aus der Vermietung eines Grundstückstreifens der Betriebsliegenschaft (wie im Vorjahr TEUR 5).

3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Materialaufwand	12.681	9.061
Bezogene Leistungen	5.455	5.486
Gesamt	18.135	14.547

Im Materialaufwand werden insbesondere die Kosten für Papier, Folien, Inlays und Chip-Rohlinge erfasst. Im Materialaufwand des Geschäftsjahres 2014/15 sind Gutscheine von Lieferanten in Höhe von TEUR 1.032 aufwandsmindernd enthalten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen vor allem Porti und Postgebühren für den Versand der inländischen Sicherheitsdokumente an die Bürger sowie Frachtkosten von in Summe TEUR 3.666 (im Vorjahr TEUR 3.270). Weiters ist der Aufwand für externes Personal in Höhe von TEUR 1.419 (im Vorjahr TEUR 1.199) enthalten. Der Aufwand für Lohnarbeiten und Dienstleistungen von Dritten beträgt TEUR 227 (im Vorjahr TEUR 612).

Das Bestellobligo zum 31.03.2016 beträgt TEUR 4.153 (im Vorjahr TEUR 2.776).

4 Personalaufwand

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Löhne	2.463	2.505
Gehälter	6.023	5.924
Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge	154	146
Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben	2.138	2.057
Sonstige Sozialaufwendungen	143	122
Gesamt	10.921	10.753

In den Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge sind freiwillige Abfertigungszahlungen in der Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 5) sowie MVK-Beiträge in der Höhe von TEUR 84 (im Vorjahr TEUR 82) berücksichtigt.

Die Mitarbeiterstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	31.03.2016	31.03.2015	Durchschnitt 2015/16 2014/15		Veränderung Ø %	
Arbeiter	58	57	58	59	-1	2
Angestellte	83	77	82	75	+7	9
Gesamt	141	134	140	134	+6	4

5 Abschreibungen

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	535	395
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.388	1.412
Geringwertige Wirtschaftsgüter	20	25
Gesamt	1.943	1.832

Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen (Impairments) waren weder im Geschäftsjahr 2015/16 noch im Vorjahr erforderlich. Vermögenswerte mit Anschaffungs- oder Herstellkosten von bis zu EUR 400 werden als geringwertige Wirtschaftsgüter eingestuft und wegen untergeordneter Bedeutung sofort aufwandsmäßig verrechnet.

6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Mieten, Pacht und Leasing	170	134
Instandhaltung	978	907
Rechts- und Beratungsaufwand	802	857
Fremdleistungen	710	573
Werbeaufwand	399	245
Reisekosten	356	354
Versicherungsaufwendungen	74	87
Spesen des Geldverkehrs	63	67
Steuern	17	11
Übrige Aufwendungen	427	481
Gesamt	3.997	3.717

Vom Abschlussprüfer wurde für die Konzernabschlussprüfung und die Prüfung der Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ein Honorar in der Höhe von insgesamt TEUR 41 (im Vorjahr TEUR 40) verrechnet. Für sonstige Beratungsleistungen wurden TEUR 19 (im Vorjahr TEUR 9) verrechnet.

In den übrigen Aufwendung sind Schulungs- und Tagungsaufwendungen in der Höhe von TEUR 114 (im Vorjahr TEUR 131), Gebühren und Umlagen in der Höhe von TEUR 30 (im Vorjahr TEUR 111), Telefonkosten in der Höhe von TEUR 62 (im Vorjahr TEUR 57) sowie Mitgliedsbeiträge in der Höhe von TEUR 50 (im Vorjahr TEUR 35) enthalten.

7 Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die Zinserträge betragen im Geschäftsjahr 2015/16 TEUR 2 (im Vorjahr TEUR 6) und betreffen vor allem Bankzinsen.

Die Zinsaufwendungen in der Höhe von TEUR 479 (im Vorjahr TEUR 525) betreffen mit TEUR 185 (im Vorjahr TEUR 230) insbesondere die Kreditzinsen für zwei langfristige Kredite, die für den Kauf der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2008 im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen wurden. Im Geschäftsjahr 2013/14 wurden diese Kredite umgeschuldet und zur Gänze getilgt (TEUR 11.143). Zur Umschuldung wurden zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von ursprünglich TEUR 12.000 aufgenommen.

Darüber hinaus sind in den Zinsaufwendungen die sich den Finanzierungsleasingvereinbarungen ergebenden Zinsanteile der Leasingzahlungen in der Höhe von TEUR 168 (im Vorjahr TEUR 186) enthalten.

Seit dem Geschäftsjahr 2012/13 wird der Zinsaufwand aus den personalbezogenen Verpflichtungen ebenfalls unter den Zinsaufwendungen erfasst (davor im Personalaufwand). Die Zinsen aus personalbezogenen Verpflichtungen betragen im Berichtsjahr TEUR 29 (im Vorjahr TEUR 60).

Für Zinsen im Zusammenhang mit laufenden Kontokorrentkrediten sind Aufwendungen in Höhe von TEUR 72 (im Vorjahr TEUR 32) angefallen.

8 Sonstiges Finanzergebnis

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Dividenden aus Wertpapieren	17	2
Kursgewinne (+) / Kursverluste (-)	-16	14
Gesamt	0	16

Eine nähere Erläuterung des sonstigen Finanzergebnisses unterbleibt mangels Wesentlichkeit.

9 Ertragsteuern

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Aufwand für laufende Ertragsteuern	1.184	855
Latenter Steueraufwand (+) / -ertrag (-)	-189	61
Ertragsteueraufwand im Periodenergebnis berücksichtigt	995	916
Veränderung latenter Steuern im sonstigen Gesamtergebnis (Erhöhung)	2	85

Jener Teil der latenten Steuern, der im sonstigen Gesamtergebnis ausgewiesen ist, steht ausschließlich im Zusammenhang mit versicherungsmathematischen Ergebnissen.



Im Geschäftsjahr 2007/08 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag abgeschlossen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Gruppenträger und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH sowie seit dem Geschäftsjahr 2011/12 auch die OeSD International GmbH sind Gruppenmitglieder. Der Gruppenvertrag sieht vor, dass vom Gruppenmitglied für steuerpflichtige Ergebnisse eine Steuerumlage an den Gruppenträger zu leisten ist. Verluste werden evident gehalten und in den Folgejahren mit steuerpflichtigen Ergebnissen gegengerechnet. Die Gruppenumlage für die Gruppenmitglieder wird mit 23% des steuerlichen Gewinnes festgesetzt. In diesem Zusammenhang erfolgt die Umlage in Abstimmung mit dem Gruppenmitglied.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen rechnerischem und ausgewiesenem Ertragssteueraufwand im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Ergebnis vor Steuern	5.698	5.072
Konzernsteuersatz 25%		
Erwarteter Steueraufwand	-1.425	-1.268
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	-7	-50
Nicht steuerpflichtige Erträge	53	25
Steuerersparnis Firmenwertabschreibung § 9 KStG	250	250
Steuereffekte aus Vorperioden	70	65
Sonstige Auswirkungen	63	60
Ausgewiesene Ertragsteuern	-995	-916
Effektiver Steuersatz	17,5%	18,1%

Im Vorjahr betreffen die Steuereffekte aus Vorperioden Aufrollungen bei der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Die sonstigen Auswirkungen stehen insbesondere in Zusammenhang mit der steuerlich abweichenden Behandlung des Aktienoptionsprogramms.

10 Sonstiges Gesamtergebnis

Das sonstige Gesamtergebnis umfasst die Ergebnisse aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen (versicherungsmathematische Effekte bei den Abfertigungsrückstellungen). Die versicherungsmathematischen Verluste im Vorjahr sind insbesondere durch das gesunkene Zinsniveau bedingt. Die Ertragsteuern auf das sonstige Ergebnis stehen im Zusammenhang mit den Ergebnissen aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen.

Andere Positionen (wie beispielsweise Fremdwährungseffekte, Effekte aus der Neubewertung von Anlagen und Finanzinstrumenten, Cashflow-Hedges usw.) liegen nicht vor.

11 Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie ermittelt sich wie folgt:

	2015/16	2014/15
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	4.703	4.156
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	6.907.500	6.960.205
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,68	0,60

Die Veränderung zum Vorjahr bei der durchschnittlichen Anzahl der während der Periode ausstehenden Aktien ergibt sich durch den im September 2014 erfolgten Erwerb eigener Anteile (112.500 Stück).

	2015/16	2014/15
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	4.703	4.156
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	6.979.336	7.011.461
Verwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,67	0,59

Bei den unter Punkt B19 dargestellten gesellschaftsrechtlichen Ermächtigungen des Vorstandes hinsichtlich genehmigtes Kapital, Möglichkeit zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen sowie bedingtes Kapital handelt es sich noch nicht um potentiell verwässernde Aktien im Sinne des IAS 33, da noch keine Ausgabe erfolgt ist.

Bei den im Rahmen des Aktienoptionsprogramms den Mitgliedern des Vorstands in der Berichtsperiode eingeräumten Optionen handelt es sich um potentiell verwässernde Aktien. Die Berechnung der Verwässerungseffekte erfolgte nach der treasury-stock-Methode durch Ermittlung der Anzahl von fiktiven Gratisaktien in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem durchschnittlichen Börsenkurs (EUR 14,86, im Vorjahr EUR 12,48) und dem Ausübungspreis (EUR 3,00). Zum 31.03.2016 waren wie im Vorjahr 67.500 Aktienoptionen ausständig. Dies entspricht 71.836 Stück potenziell verwässernder Aktien.

12 Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die Gliederung der Sachanlagen und der immateriellen Vermögenswerte ist aus dem Anlagespiegel ersichtlich.

Die Nutzungsdauern betragen wie im Vorjahr für:

Datenverarbeitungsprogramme	3 bis 10 Jahre
Grundstücke und Bauten	8 bis 26 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	2 bis 10 Jahre
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Fuhrpark	3 bis 10 Jahre



Der Firmenwert in Höhe von TEUR 20.751 resultiert aus dem Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und wird als Teil der immateriellen Vermögenswerte ausgewiesen.

Der unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesene Firmenwert hat einen zum Vorjahr unveränderten Buchwert in Höhe von TEUR 20.751. Für Zwecke der Durchführung der Werthaltigkeitsprüfung wird der Firmenwert den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten (cash generating unit - CGU) bestehen die Segmente Security Print und e-government.

Die Aufteilung des Firmenwertes, welcher aus dem vor der erstmaligen IFRS-Bilanzierung zurückliegenden Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH resultiert, erfolgte auf Basis der im Erwerbszeitpunkt vorliegenden Businesspläne. Auf dieser Grundlage entfällt auf die CGU Security Print ein Firmenwert in Höhe von TEUR 8.035 und auf die CGU e-government ein Firmenwert in Höhe von TEUR 12.716.

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wurde durch Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme der Nutzungswert für die beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelt. Die Zahlungsströme für die kommenden vier Jahre (im Vorjahr: drei Jahre) wurden auf Basis der vom Aufsichtsrat genehmigten Mittelfristplanung angesetzt. Wesentliche Annahmen sind eine Ausweitung des Auslandsgeschäftes, Mengensteigerungen Zulassungsbescheinigungen sowie eine Absatzentwicklung beim österreichischen Reisepass auf der Grundlage der zu erneuernden Reisepässe nach Ablauf deren zeitlicher Gültigkeit. Damit verbunden ist eine Erhöhung der Umsatzerlöse von kumuliert etwa 14% über den vierjährigen Detailplanungszeitraum. Für die Cashflow-Prognosen nach dem vierjährigen Detailplanungszeitraum wird von einer aus den Vergangenheitswerten der Peer Group abgeleiteten EBIT-Marge von 11,22% für die CGU Security Print bzw. 12,31% für die CGU e-government ausgegangen. Diese EBIT-Margen liegen unter den Vergangenheits- bzw. Planungsdaten des Konzerns. In der ewigen Rente wurde eine Wachstumsrate von 2% unterstellt, wobei eine Thesaurierungsquote von 25% berücksichtigt wurde.

Im Vorjahr wurde in der ewigen Rente von einer um einen Sicherheitsabschlag gekürzten aus Vergangenheits- und Planungsdaten des Konzerns abgeleiteten EBIT-Marge von 10,57% für die CGU Security Print bzw. 14,72% für die CGU e-government ausgegangen und keine Wachstumsraten berücksichtigt.

Die Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme erfolgt für die CGU Security Print mit einem WACC (vor Steuern) in Höhe von 6,21% (im Vorjahr 5,18%) und für die CGU e-government mit einem WACC in Höhe von 7,11% (im Vorjahr 5,57%). Der Anstieg beim WACC ist insbesondere auf einen im Vergleich zum Vorjahr höheren Beta-Faktor zurückzuführen. Die Ermittlung des WACC erfolgte auf der Basis von Kapitalmarktdaten, wobei aufgrund der niedrigeren Aktienumsätze und der damit verbundenen fehlenden Repräsentativität nicht der Beta-Faktor der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG herangezogen wurde.

Die ermittelten Nutzungswerte liegen deutlich über den Buchwerten.

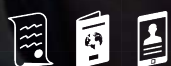
Die durchgeführten Sensitivitätsanalysen zeigen, dass sich weder bei einem um 1%-Punkt höheren Zinssatz (WACC) noch bei einer mit 1% reduzierten Wachstumsrate in der ewigen Rente oder bei durchgängig um 10% geringeren positiven Cashflows ein Impairmentbedarf ergibt. Auch bei Anwendung der im Vorjahr angestellten Parameter für Sensitivitätsberechnungen (3%-Punkte höherer Zinssatz oder durchgängig 30% niedrigeres EBIT) würde sich kein Impairmentbedarf ergeben.

Der Vorstand ist der Auffassung, dass derzeit keine nach vernünftigem Ermessen grundsätzlich mögliche Änderung einer der zur Bestimmung des Nutzungswertes getroffenen Annahme dazu führen könnte, dass der Buchwert der CGU ihren erzielten Wert wesentlich übersteigt.

In den sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind Entwicklungskosten gemäß IAS 38 mit Herstellungskosten von TEUR 2.922 (im Vorjahr TEUR 2.612) bzw. einem Restbuchwert von TEUR 1.624 (im Vorjahr TEUR 1.685) enthalten. Die Buchwerte betreffen im Ausmaß von TEUR 508 (im Vorjahr TEUR 718) Entwicklungen in Zusammenhang mit dem österreichischen Reisepass mit Chip. Die Entwicklungskosten für Scheckkartenformate mit Chip haben einen Buchwert von TEUR 89 (im Vorjahr TEUR 150), der Buchwert von weiteren Sicherheitsinnovationen, unter anderem die Entwicklung der MIA-My Identity App, beträgt TEUR 1.027 (im Vorjahr TEUR 816).

Im Geschäftsjahr wurden Entwicklungskosten in der Höhe von TEUR 309 (im Vorjahr TEUR 460) aktiviert. An Forschungs- und Entwicklungskosten wurden TEUR 173 (im Vorjahr TEUR 167) aufwandswirksam erfasst.

Das Bestellobligo per 31.03.2016 für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte beträgt TEUR 2.345 (per 31.03.2015 TEUR 65). Im Geschäftsjahr 2015/16 wurde eine neue Druckmaschine bestellt, die zum Stichtag noch nicht abgenommen war.



IDENTITÄTEN SICHER MANAGEN
Seit über 200 Jahren – und in digitaler Zukunft.



Ausstellen ohne anstellen: Jetzt neuen Pass beantragen!

2017 laufen in Österreich besonders viele Reisepässe ab. Auch Ihrer? Dann gehen Sie auf Nummer sicher und beantragen rechtzeitig Ihren neuen Hochsicherheits-Pass. So ersparen Sie sich lange Wartezeiten und Unannehmlichkeiten.

Ein Service der Österreichischen Staatsdruckerei.

reisepass.oesd.at | facebook.com/staatsdruckerei

OSD 
ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

KONZERNANLAGENSPIEGEL 2015/16

	ANSCHAFFUNGS- bzw. HERSTELLUNGSKOSTEN			
	Stand 01.04.2015	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2016
1. Immaterielle Vermögenswerte				
a) Firmenwert	20.751	0	0	20.751
b) Rechte, Datenverarbeitungsprogramme, aktivierte Entwicklungskosten	4.497	400	287	4.610
Summe immaterielle Vermögenswerte	25.248	400	287	25.361
2. Sachanlagen				
a) Grundstücke und Gebäude	11.909	206	10	12.105
b) Technische Anlagen und Maschinen	19.291	227	4.356	15.162
c) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.218	291	487	3.022
d) geleistete Anzahlungen	0	1.933	0	1.933
Summe Sachanlagen	34.418	2.656	4.852	32.222
Summe Anlagevermögen	59.666	3.057	5.139	57.583

KONZERNANLAGENSPIEGEL 2014/15

	ANSCHAFFUNGS- bzw. HERSTELLUNGSKOSTEN			
	Stand 01.04.2014	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2015
1. Immaterielle Vermögenswerte				
a) Firmenwert	20.751	0	0	20.751
b) Rechte, Datenverarbeitungsprogramme, aktivierte Entwicklungskosten	3.955	645	104	4.497
Summe immaterielle Vermögenswerte	24.706	645	104	25.248
2. Sachanlagen				
a) Grundstücke und Gebäude	11.847	62	0	11.909
b) Technische Anlagen und Maschinen	18.916	376	1	19.291
c) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.006	307	95	3.218
Summe Sachanlagen	33.768	746	96	34.418
Summe Anlagevermögen	58.475	1.391	200	59.666

BUCHWERTE		ABSCHREIBUNGEN			
31.03.2016	31.03.2015	Stand 01.04.2015	Geschäftsjahr	Abgänge kumulierte Abschreibungen in Folge von Anlagen- abgängen	Stand 31.03.2016
20.751	20.751	0	0	0	0
1.952	2.090	2.407	538	287	2.658
22.703	22.841	2.407	538	287	2.658
9.628	9.807	2.102	381	6	2.477
1.800	2.272	17.019	699	4.356	13.362
671	741	2.477	326	452	2.351
1.933	0	0	0	0	0
14.031	12.820	21.598	1.406	4.813	18.191
36.735	35.661	24.005	1.943	5.100	20.848

BUCHWERTE		ABSCHREIBUNGEN			
31.03.2015	31.03.2014	Stand 01.04.2014	Geschäftsjahr	Abgänge kumulierte Abschreibungen in Folge von Anlagen- abgängen	Stand 31.03.2015
20.751	20.751	0	0	0	0
2.090	1.848	2.108	403	103	2.407
22.841	22.599	2.108	403	103	2.407
9.807	10.102	1.744	358	0	2.102
2.272	2.667	16.249	771	1	17.019
741	737	2.269	301	93	2.477
12.820	13.506	20.262	1.430	94	21.598
35.661	36.105	22.370	1.832	197	24.005

13 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.960	0	0	7.960
Gesamt	7.960	0	0	7.960

31.03.2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.716	0	0	7.716
Gesamt	7.716	0	0	7.716

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zur Gänze aus dem Verkauf von Druckprodukten und Sicherheitsdienstleistungen.

Die Wertberichtigungen zu Forderungen aus dem Geschäftsjahr 2012/13 wurden wie im Vorjahr unverändert fortgeschrieben:

	in TEUR
Stand 01.04.2015	773
Zuführungen	0
Inanspruchnahme	0
Stand 31.03.2016	773

Die Wertberichtigungen zu Forderungen betreffen ausschließlich Ansprüche aus dem Liefervertrag mit der Republik Kosovo:

Im Zuge der Abwicklung dieses Auftrags hat sich im Herbst 2012 herausgestellt, dass Zahlungen der Republik Kosovo unter Missachtung der vertraglichen Zahlungsbestimmungen an ein kosovarisches Unternehmen, mit dem auch der Konzern Geschäftsbeziehungen unterhalten hatte, erfolgt sind. Nach Ansicht des Vorstands erfolgten die Zahlungen entweder in Kollusion mit dem kosovarischen Unternehmen oder jedenfalls grob fahrlässig, sodass aus Sicht des Konzerns die Forderungen noch nicht beglichen sind. In weiterer Folge hat sich das Gesprächsklima mit der Republik Kosovo verschlechtert, so dass die Zahlungen für weitere bereits erfolgte Lieferungen zurückgehalten wurden und schließlich Ende Jänner 2013 der Vertrag seitens der Republik Kosovo gekündigt wurde.

Im Februar 2013 wurde eine Klage beim Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris eingebracht. Die finale Klagsforderung beträgt TEUR 5.867 und umfasst offene Lieferforderungen sowie Schadenersatzansprüche aus entgangenen Gewinnen.

Die Bewertung der im Jahresabschluss zum 31.03.2013 gebildeten Wertberichtigungen und Vorsorgen erfolgte unter Würdigung verschiedener Faktoren wie z.B. das allgemeine Verfahrensrisiko, die Bestreitung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts durch den Kosovo sowie der Tatsache, dass die tatsächlichen inhaltlichen



Einwendungen des Kosovo noch nicht bekannt sind. Dabei wurde auch die Möglichkeit eines Vergleichs berücksichtigt.

2014 hat sich das Schiedsgericht konstituiert. In einem ersten Verfahrensschritt hat das Schiedsgericht seine Zuständigkeit geprüft und bestätigt. Im zweiten Verfahrensschritt erfolgt die materielle Prüfung durch das Schiedsgericht. Eine diesbezügliche Entscheidung steht noch aus. Die zum Jahresabschluss 31.03.2013 gebildeten Wertberichtigungen wurden unverändert fortgeschrieben, da aus dem laufenden Verfahren noch keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Die Geschäftsführung ist unverändert davon überzeugt, dass die geltend gemachten Ansprüche zu Recht bestehen und die Zahlungen der Republik Kosovo an das kosovarische Unternehmen nach den vertraglichen Bestimmungen nicht mit schuldbefreiender Wirkung erfolgt sind. Darüber hinaus ist nach Ansicht der Geschäftsführung auch die Vertragskündigung seitens der Republik Kosovo ungerechtfertigt erfolgt. Dennoch besteht ein Risiko, dass sich Ansprüche bzw. Teile der Ansprüche nicht oder nicht vollständig realisieren lassen und es zu Forderungsausfällen bzw. zu von der Gesellschaft final zu tragenden Prozess- und Verfahrenskosten kommen kann.

Mit dem Abschluss des Verfahrens ist nach Einschätzung der befassten Rechtsanwaltskanzlei frühestens im Juli 2016 zu rechnen.

Insgesamt bestehen zum 31.03.2016 wie im Vorjahr gegenüber der Republik Kosovo Forderungen (vor Wertberichtigungen) in Höhe TEUR 2.115.

Die überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen gliedern sich wie folgt:

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
1 – 60 Tage	1.447	1.376
61 – 120 Tage	0	668
Über 121 Tage	793	1.059
Gesamt	2.240	3.103

In den mehr als 121 Tagen überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen sind Forderungen gegenüber der Republik Kosovo in unveränderter Höhe von TEUR 738 enthalten. Diese sind ebenfalls Gegenstand des Schiedsgerichtsverfahrens. Da keine vertretbaren Einwendungen des Kosovo erkennbar sind, wurde für diesen Teil der Ansprüche keine Wertberichtigung vorgenommen. Eine weitere Forderung im Vorjahr über TEUR 242 gegen einen anderen Kunden wurde nach dem Bilanzstichtag beglichen.

14 Vorräte

Die Aufteilung des Vorratsvermögens stellt sich wie folgt dar:

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.618	2.311
Unfertige Erzeugnisse	2.249	2.300
Fertige Erzeugnisse und Waren	423	432
Gesamt	5.290	5.043

Es werden Stichtags- bzw. permanente Inventuren durchgeführt.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren zu Anschaffungskosten bzw. zum allenfalls niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse erfolgt zu Herstellkosten bzw. zum allenfalls niedrigeren Nettoveräußerungswert.

Im Geschäftsjahr 2015/16 wurden Wertberichtigungen auf Vorräte in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 31) aufwandswirksam erfasst und betreffen Teilabschreibungen für in- und ausländische Projekte. Die in Vorjahren vorgenommenen Wertberichtigungen wurden im Geschäftsjahr 2015/16 zum Zeitpunkt der Umsatzrealisierung aufgelöst und die Projekte abgeschlossen. Der Buchwert der zum Nettoveräußerungswert angesetzten Vorräte beläuft sich auf TEUR 85 (im Vorjahr TEUR 120).

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurden Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Kosovo-Auftrag gebildet, diese betreffen unfertige Erzeugnisse in Höhe von TEUR 722 sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von TEUR 17. Aufgrund der Kündigung des Liefervertrags durch den Kosovo Ende Jänner 2013 sind die damit im Zusammenhang stehenden Vorräte de facto wertlos geworden. Ansprüche können nur noch im Wege von Schadenersatzforderungen geltend gemacht werden und sind Teil der seitens des Konzerns eingebrachten Schiedsgerichtsklage. Unter Berücksichtigung der Bilanzierungsregeln der IFRS erfüllen die mit Risiken behafteten Schadenersatzansprüche jedoch nicht das Kriterium eines Vermögenswertes, so dass derartige Ansprüche nicht bilanziert werden konnten.

15 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Wertpapiere und Anteile	53	94
Debitorische Kreditoren	18	135
Sonstige Forderungen	75	75
Gesamt	146	305

Bei den Wertpapieren und Anteilen handelt es sich um Aktien an einem ungarischen und an einem griechischen Unternehmen. Die Bewertung erfolgt mit dem

Börsenkurs zum Bilanzstichtag. Der Buchwert der weiteren finanziellen Vermögenswerte entspricht dem Zeitwert. Bei der Aktie des griechischen Unternehmens gab es im Berichtsjahr eine Kapitalrückzahlung im Ausmaß von TEUR 25.

16 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Forderungen aus Bonifikationen	1.466	737
Forderungen aus Steuern und Abgaben	542	172
geleistete Anzahlungen und Rechnungsabgrenzungen	341	215
Gesamt	2.349	1.124

Sonstige langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Forderungen aus Bonifikationen	0	729
Gesamt	0	729

Die sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerte betreffen insbesondere Forderungen aus Bonifikationen für in der Vergangenheit bezogene Lieferungen, welche dem Konzern in Form von künftigen Gratislieferungen im Geschäftsjahr 2016/17 vergütet werden.

17 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Kassenbestand	4	4
Guthaben bei Kreditinstituten	3.276	2.388
Gesamt	3.280	2.392

Sämtliche Bestandteile der liquiden Mittel stehen zur freien Verfügung des Konzerns.

18 Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern

Die Steuerlatenzen resultieren insbesondere aus der unterschiedlichen Behandlung von Leasingvereinbarungen (Anlagevermögen bzw. Verbindlichkeiten), aktivierten Entwicklungskosten, der Zeitwertbewertung von Wertpapieren sowie aus den Abfertigungsrückstellungen. Steuerlich wurden die Abfertigungsrückstellungen im Geschäftsjahr 2001 vollständig aufgelöst. Steuerliche Verlustvorträge liegen keine vor. Darüber hinaus resultieren die Steuerlatenzen aus Unterschieden bei der steuerlichen Behandlung des Aktienoptionsprogramms (Zeitpunkt und Bewertung der steuerlichen Betriebsausgaben).

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses umkehren werden. Die Summe derartiger temporärer Differenzen, für die keine latenten Steuerschulden bilanziert werden, beträgt TEUR 290.

Die Unterschiede zwischen den Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren aus folgenden Unterschiedsbeträgen bzw. wirken sich mit folgender Steuerlatenz aus:

Unterschiedsbeträge

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	2.394	2.090
Verbindlichkeiten (aktive)	554	687
Aktienoptionsprogramm (aktive)	945	675
Gesamt (aktive)	3.893	3.452
Anlagevermögen (passive)	2.304	2.609
Wertpapiere und Anteile (passive)	16	33
Gesamt (passive)	2.320	2.642

Steuerlatenzen

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	599	522
Verbindlichkeiten (aktive)	138	172
Aktienoptionsprogramm (aktive)	236	169
Gesamt (aktive)	973	863
Anlagevermögen (passive)	576	653
Wertpapiere und Anteile (passive)	4	8
Gesamt (passive)	580	661

In der Bilanz wurde eine Saldierung von aktiven und passiven Steuerlatenzen vorgenommen und der Überhang von TEUR 393 (im Vorjahr TEUR 202) auf der Aktivseite ausgewiesen.

Die Veränderung der latenten Steuern leitet sich folgendermaßen über:

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Latente Steuern zum Geschäftsjahresbeginn	202	178
Latenter Steueraufwand (-) / -ertrag (+)	189	-61
Veränderung latente Steuern im sonstigen Gesamtergebn	2	85
Latente Steuern zum Geschäftsjahresende	393	202



Die Verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern in der Höhe von TEUR 904 (im Vorjahr TEUR 599) betreffen noch nicht veranlagte Körperschaftsteuern und ermitteln sich als Differenzbetrag zwischen der festzusetzenden Körperschaftsteuer und den getätigten Vorauszahlungen. Zum 31.03.2016 waren die Geschäftsjahre 2014/15 und 2015/16 noch nicht veranlagt.

19 Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals kann aus der Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals entnommen werden.

Grundkapital und eigene Anteile

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Hauptaktionäre sind die GRT-Privatstiftung und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von jeweils rund 45,7%. Die im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei GmbH errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,90%.

Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung am 29.03.2012 außerbörslich erworbenen 367.500 Aktien handelt es sich aufgrund der Einbeziehung der Stiftung in den Konzernabschluss (vgl. dazu die Ausführungen unter Punkt A2) bilanziell um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Am 18.10.2013 sowie am 19.09.2014 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms je 112.500 Aktien erworben, bei denen es sich bilanziell um eigene Anteile handelt.

Die eigenen Anteile werden zu Anschaffungskosten im Eigenkapital abgezogen.

Gesetzliche Rücklage

Die gesetzlich vorgeschriebene Gewinnrücklage im Ausmaß von 10% des Grundkapitals wurde bereits in Vorjahren in voller Höhe gebildet.

Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen

Diese im Eigenkapital gesondert dargestellte Position resultiert aus der Anwendung des IAS 19 und betrifft die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, die über das sonstige Gesamtergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst wurden. Zum 31.03.2016 besteht für die Rücklage ein negativer Wert von TEUR 376 (im Vorjahr TEUR -371).

Rücklage aus Aktienoptionen im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde für die Mitglieder des Vorstands ein Aktienoptionsprogramm beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 bzw. 11.07.2014 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2012/13 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme des Vorstandsvorsitzenden, Herrn Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt – unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder – ursprünglich maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit EUR 3 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltefrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt gemäß IFRS 2 als Personalaufwand einerseits und innerhalb des Eigenkapitals in den Kapitalrücklagen.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit mit 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher am Aktienoptionsprogramm nicht mehr teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms im Geschäftsjahr 2014/15 mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 abgefunden. Im Vorjahr erfolgte dabei im Ausmaß von TEUR 195 eine Kürzung der Rücklage aus Aktienoptionen der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Durch das Ausscheiden der beiden Vorstandsmitglieder aus dem Aktienoptionsprogramm hat sich die Anzahl der maximal einzuräumenden Optionen auf 112.500 verringert.

Zum 31.03.2013, 31.03.2014, 31.03.2015 und 31.03.2016 sind Herrn Prof. Gausterer jeweils 22.500 Aktienoptionen eingeräumt. Diese Optionen können frühestens



zum 01.04.2014, 01.04.2015, 01.04.2016 und 01.04.2017 ausgeübt werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden – wie schon in den Jahren zuvor – keine Optionen ausgeübt.

Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 1.080 (im Vorjahr TEUR 810).

Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurde.

Die wesentlichen Parameter für dieses Modell waren wie im Vorjahr:

Erwartete Volatilität:	1,66%
Risikofreier Zinssatz:	0,48%
Dividendenrendite:	2,97%

Im Berichtsjahr wurde ein Betrag von TEUR 127 (im Vorjahr 197) im Personalaufwand einerseits und als Kapitalrücklage innerhalb des Eigenkapitals erfasst. Dieser Vorgang betrifft die Herrn Direktor Gausterer eingeräumten Optionen im Rahmen des Aktienoptionsprogramms.

Am 18.10.2013 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms 112.500 eigene Aktien zu je EUR 11,80 erworben. Am 19.09.2014 wurden zu diesem Zwecke 112.500 Aktien zu je EUR 12,10 erworben. Die angeschafften Aktien entsprechen 3% der ausgegebenen Aktien.

Einbehaltene Gewinne

Die einbehaltenen Gewinne enthalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Für das Berichtsjahr wird der Vorstand der Gesellschaft die Auszahlung einer Dividende von EUR 0,45 pro stimmberechtigter Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer Ausschüttung von insgesamt rund TEUR 3.274.

Für das vorangegangene Geschäftsjahr wurde ein Dividende von TEUR 3.274 (EUR 0,45 pro stimmberechtigter Aktie) ausgeschüttet. Unter Berücksichtigung der von der konzernzugehörigen Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Anteile sowie der eigenen Anteile betrug die an die Eigentümer ausgeschüttete Dividende TEUR 3.108.

Sonstige Angaben

In der Hauptversammlung vom 30.09.2011 wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst, die künftig Auswirkungen auf das Eigenkapital der Konzernmuttergesellschaft entfalten können:

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteil-

ligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien ausgeschlossen (genehmigtes Kapital I).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei kann ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien vorgesehen werden (genehmigtes Kapital II).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs. 2 AktG, innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 3.750.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu TEUR 3.750 verbunden ist, in einer oder mehreren Tranchen auszugeben und sämtliche Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 174 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 153 AktG im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung ausgeschlossen.

Beschluss über eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu TEUR 3.750 durch Ausgabe von bis zu 3.750.000 Stück neue, auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen (bedingtes Kapital).

In der Hauptversammlung vom 11.07.2014 wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder auf Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG

mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 14.09.2012 widerrufen, dessen Inhalt durch den neuen Beschluss obsolet geworden ist.

20 Rückstellungen

Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurde beurteilt, ob eine Inanspruchnahme durch die Gesellschaft wahrscheinlich ist und ob die voraussichtliche Höhe der Rückstellung zuverlässig geschätzt werden konnte.

Personalrückstellungen

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Abfertigungen	2.082	2.061
Jubiläumsgelder	68	77
Gesamt	2.150	2.138

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die bei der Bewertung von Verpflichtungen aus Jubiläumsgeldzuwendungen und Abfertigungen verwendete Annahmen:

	2015/16	2014/15
Abzinsungsfaktor	1,62%	1,39%
Gehaltssteigerung p.a.	2,00%	2,00%

Bei der Berechnung wurden die sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt. Die Pensionseintrittsalter richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen der Pensionsreform 2003.

Abfertigungsrückstellung:

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	70	60
Zinsaufwand	29	60
Erfassung im Gewinn und Verlust der laufenden Periode	98	120
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	-35	319
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen	42	21
Erfassung im sonstigen Gesamtergebnis	7	340

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	2.061	1.712
Dienstzeitaufwendungen	70	60
Zinsaufwand	29	60
Abfertigungszahlungen	-84	-111
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	7	340
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	2.082	2.061

Sensitivitätsbetrachtung der Abfertigungsrückstellung:

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden als erheblich erachtet und mit folgenden Spannen gestresst; Abzinsungssatz +/- 0,25%, Lebenserwartung (LE) +/-1 Jahr. Aufgrund der bereits in der Rückstellungsberechnung berücksichtigten sehr geringen Fluktuation wurde für diesen Parameter keine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Die Auswirkungen bei einer Veränderung der Gehaltstrends +/- 0,25% würden in etwa jenen Effekten mit jeweils gedrehtem Vorzeichen aus einer isolierten Anpassung des Abzinsungssatzes entsprechen, wodurch es im Endeffekt zu keiner wesentlichen Veränderung kommen würde.

Die Sensitivitätsbetrachtung der Lebenserwartung erfolgte dabei über eine Verschiebung der durchschnittlichen Lebenserwartung für den Gesamtbestand des jeweiligen Plans.

Die Differenzen zu den bilanzierten Werten sind in nachfolgender Tabelle als relative Abweichung angegeben:

	Zins +0,25%	Zins -0,25%	+1 Jahr LE	- 1 Jahr LE
Abfertigung DBO	TEUR -38	TEUR 39	TEUR 3	TEUR -3

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Laufzeiten (Duration) der jeweiligen Verpflichtungen (Werte in TEUR):

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO Duration	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash Duration
	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre		1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	
Abfertigungen	731	834	517	7,41	806	1.143	1.063	8,86

Die korrespondierenden Vergleichsinformationen aus dem Vorjahr gestalten sich wie folgt:

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO Duration	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash Duration
	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre		1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	
Abfertigungen	608	867	586	7,91	692	1.179	1.182	9,25



Jubiläumsrückstellung:

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	2	3
Zinsaufwand	1	3
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	8	6
Nettoaufwand des Jahres	11	12

	31.03.2016 (in TEUR)	31.03.2015 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	77	85
Dienstzeitaufwendungen	2	3
Zinsaufwand	1	3
Jubiläumsgeldzahlungen	-21	-19
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	8	6
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	68	77

Pensionsverpflichtungen, für die in Form von Rückstellungen vorzusorgen ist, bestehen nicht.

21 Finanzverbindlichkeiten

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.700	9.448	253	16.402
Verbindlichkeiten aus Leasing	987	895	4.394	6.276
Gesamt	7.686	10.343	4.648	22.678

31.03.2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.200	8.998	0	15.198
Verbindlichkeiten aus Leasing	656	1.741	4.534	6.931
Gesamt	6.856	10.739	4.534	22.129

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stammen im Ausmaß von TEUR 8.998 (im Vorjahr TEUR 10.198) aus zwei langfristigen Krediten, die für den Kauf der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2008 im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen wurden. Im Vorjahr wurden diese Kredite umgeschuldet und zur Gänze getilgt (TEUR 11.143). Zur Umschuldung wurden zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von ursprünglich TEUR 12.000 aufgenommen. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr TEUR 1.200 getilgt. Zur Sicherstellung des Kredites wurden die Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH an den Kreditgeber verpfändet. Für den Kauf der neuen Stichtiefdruckmaschine wurde ein ERP-geförderter langfristiger Kredit in der Höhe von TEUR 2.200 vereinbart, davon sind derzeit TEUR 1.903 ausgeschöpft. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen in Höhe von TEUR 5.500 (im Vorjahr TEUR 5.000). Dingliche Sicherheiten bestehen bei den als

Finanzierungsleasing bilanzierten Leasingvereinbarungen insoweit als der Leasinggeber zivilrechtlicher Eigentümer der geleasteten Anlage ist.

22 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.394	0	0	3.394
Gesamt	3.394	0	0	3.394

31.03.2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.374	0	0	3.374
Gesamt	3.374	0	0	3.374

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umfassen offene Verpflichtungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr sowie aus laufenden Kosten. Das Management geht davon aus, dass der Buchwert der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ihrem beizulegenden Zeitwert entspricht. Dingliche Sicherheiten wurden nicht bestellt.

23 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	150	1.507	1.377	3.034
Gesamt	150	1.507	1.377	3.034

31.03.2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	1.199	1.614	2.813
Gesamt	0	1.199	1.614	2.813

Die finanziellen Verbindlichkeiten betreffen einbehaltene Haftrücklässe zur Sicherstellung allfälliger Gewährleistungsansprüche für die gelieferten Chips.

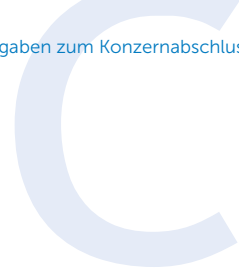
24 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	3.554	127	22	3.703
<i>davon erhaltene Anzahlungen</i>	64	0	0	64
<i>davon aus Steuern</i>	1.450	0	0	1.450
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	211	0	0	211
<i>davon Abgrenzungen Personal</i>	1.554	74	0	1.629
<i>davon noch nicht fällige Zinsen</i>	13	0	0	13
<i>davon Ertragsabgrenzung</i>	256	52	22	330
<i>davon sonstige Abgrenzungen</i>	6	0	0	6
Gesamt	3.554	127	22	3.703

31.03.2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	3.241	282	35	3.558
<i>davon erhaltene Anzahlungen</i>	535	0	0	535
<i>davon aus Steuern</i>	901	0	0	901
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	184	0	0	184
<i>davon Abgrenzungen Personal</i>	1.483	230	0	1.713
<i>davon noch nicht fällige Zinsen</i>	21	0	0	21
<i>davon Ertragsabgrenzung</i>	113	52	35	200
<i>davon sonstige Abgrenzungen</i>	4	0	0	4
Gesamt	3.241	282	35	3.558

Die Verbindlichkeiten aus Steuern betreffen insbesondere Umsatzsteuern. Die Abgrenzungen für Personalverpflichtungen umfassen im Wesentlichen abgegrenzte Urlaubsansprüche und Zeitguthaben sowie anteilige Sonderzahlungen und Verbindlichkeiten aus Löhnen, die erst nach dem Bilanzstichtag ausbezahlt wurden. Die noch nicht fälligen Zinsen betreffen Zinsabgrenzungen für aufgenommene Kredite. Im Berichtsjahr wurde eine umsatzverringende Abgrenzung in Höhe von TEUR 243 (im Vorjahr TEUR 100) vorgenommen.





C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss

1 Segmentberichterstattung

Operative Segmente

- ◆ Segment Security Print
- ◆ Segment e-government

Das Segment Security Print umfasst den Entwurf und die Herstellung von Hochsicherheitsdruckprodukten. Dies beinhaltet neben Blanko-Identitätsdokumenten auch Gutscheine, Briefmarken, Sicherheitszertifikate und Brieflose.

Im Segment e-government wird die Entwicklung, Implementierung und Bereitstellung von Personalisierungslösungen für Identitätsdokumente angeboten. Weiters werden im OeSD-Personalisierungszentrum Identitätsdokumente wie z.B. Reisepässe, Führerscheine und Personalausweise produziert und ausgeliefert.

Angaben zu den operativen Segmenten

Zur internen Performancemessung der Segmente wird das Betriebsergebnis (EBIT) herangezogen. Diese Erfolgsgröße entspricht daher dem Segmentergebnis im Sinne von IFRS 8.23. Innenumsätze zwischen den beiden Segmenten liegen nicht vor. Die Wertansätze für die Segmentberichterstattung entsprechen grundsätzlich den, auf den IFRS-Konzernabschluss angewendeten, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Ein Unterschied besteht lediglich darin, dass sich die interne Berichterstattung am Umsatzkostenverfahren orientiert, während die externe Berichterstattung nach dem Gesamtkostenverfahren erfolgt.

2015/16 (in TEUR)	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	15.235	25.282	40.516
aktivierte Eigenleistungen	0	309	309
sonstige betriebliche Erträge	80	327	407
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-12.368	-20.746	-33.114
Segment EBITDA	2.946	5.173	8.119
Abschreibungen	-507	-1.437	-1.943
Segment EBIT	2.440	3.736	6.176

2014/15 (in TEUR)	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	15.700	20.168	35.869
aktivierte Eigenleistungen	0	460	460
sonstige betriebliche Erträge	84	559	643
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-13.349	-16.216	-29.565
Segment EBITDA	2.435	4.972	7.407
Abschreibungen	-546	-1.286	-1.832
Segment EBIT	1.889	3.686	5.575

Die bedingten Angaben zum Segmentvermögen unterbleiben, da das interne Berichtswesen für das Management diesbezüglich keine Unterteilung des Vermögens in die beiden Segmente enthält. Gleiches gilt auch für die bedingten Angaben zu den Segmentschulden.

Segmentübergreifende Angaben

Geografische Angaben

Die Umsatzerlöse von externen Kunden nach Absatzmärkten (Sitz der Kunden) stellen sich wie folgt dar:

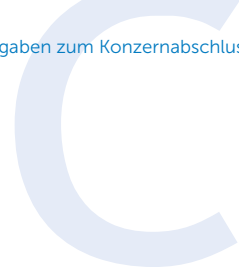
	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Österreich	33.099	30.131
EU	1.632	1.077
Drittland	5.786	4.661
Gesamt	40.516	35.869

Da die Gesellschaft ihren operativen Betrieb ausschließlich von Österreich aus führt, befinden sich alle Vermögenswerte im Inland.

Es gibt kein Drittland dem Umsatzerlöse von mehr als 10% zugeordnet sind.

Angaben zu wesentlichen Kunden

Gemäß IFRS 8.34 bestehen Informationspflichten zu den wesentlichen Kunden. Als solche sind diejenigen anzusehen, mit denen der Konzern mindestens 10% seiner gesamten externen Umsatzerlöse erzielt.



Als wesentlicher Kunde im Sinne dieser Bestimmung zählt die Republik Österreich (einschließlich der mit der mittelbaren Bundesverwaltung betrauten Organe der Landesverwaltung wie beispielsweise Bezirkshauptmannschaften und Magistrate). Mit der Republik Österreich wurden im Geschäftsjahr 2015/16 Umsätze in Höhe von TEUR 26.725 erzielt (im Vorjahr TEUR 25.087), welche beide Segmente betreffen.

2 Eventualverbindlichkeiten

Zum 31.03.2016 bestehen Haftungsverhältnisse in der Höhe von TEUR 1.221 (im Vorjahr TEUR 244). Eine Inanspruchnahme der Haftungen ist unwahrscheinlich. Diese betreffen Biet- und Liefergarantien, die der Konzern im Rahmen von Ausschreibungen gegenüber potentiellen Kunden in Form von Bankgarantien zu erbringen hat. Mit der UniCredit Bank Austria AG bestehen diesbezüglich Vereinbarungen über abrufbare Garantiesummen.

Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenabschreibung (und in weiterer Folge auch ab dem Jahr 2011 den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat. Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen/Verbindlichkeiten für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) abschließende Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus. Sofern es im Rahmen der Betriebsprüfung zu einer steuerlichen Nichtanerkennung kommt und diese auch in einem fortgesetzten Verfahren nicht erfolgreich bekämpft werden kann, könnte sich für die bis zum 31.03.2016 abgelaufenen Veranlagungsjahre eine Steuernachzahlung in Höhe von rund TEUR 2.526 ergeben.

3 Finanzinstrumente

Risikomanagement

Finanzinstrumente sind auf Vertrag basierende wirtschaftliche Vorgänge, die einen Anspruch auf Zahlungsmittel beinhalten. Gemäß IAS 32 gehören hierzu einerseits originäre Finanzinstrumente wie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder auch Finanzforderungen und Finanzschulden. Derivative Finanzinstrumente, die ebenfalls unter diese Kategorie fallen würden, liegen im Konzern nicht vor.

Der Konzern unterliegt hinsichtlich seiner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verschiedenen Finanzrisiken. Finanzielles Risikomanagement wird dabei als Summe unterschiedlicher Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, Risiken zu beherrschen und die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns zu sichern.

Finanzrisiken sind wie folgt definiert:

- ◆ Kreditrisiko
- ◆ Währungsrisiko
- ◆ Zinsrisiko
- ◆ Liquiditätsrisiko
- ◆ Preisrisiko

Das Finanzmanagement im Konzern erfolgt zentral durch die Abteilung Finanzen in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, die die übrigen Konzerngesellschaften serviert. Durch diese Zentralisierung kann das Risikomanagement ebenso zentral durchgeführt werden.

Kreditrisiko

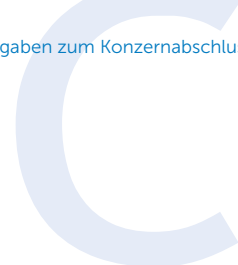
Unter Kreditrisiko wird ein unerwarteter Verlust an finanziellen Vermögenswerten verstanden (z.B. Ausfall von Forderungen in Folge Zahlungsunfähigkeit von Kunden). Das maximale Kreditrisiko wird durch die Buchwerte der in der Bilanz angesetzten finanziellen Vermögenswerte zuzüglich bestehender Haftungen wiedergegeben und beträgt zum 31.03.2016 TEUR 12.607 (im Vorjahr TEUR 10.657).

Die Außenstände aus Lieferungen und Leistungen werden laufend zentral überwacht. Die Kunden des Konzerns sind im überwiegenden Ausmaß öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften. In den letzten fünf Jahren kam es lediglich bei einem Kunden zu einer wesentlichen Forderungsabschreibung. Zu dieser abgeschriebenen Forderung konnte im Geschäftsjahr 2010/11 allerdings ein Zahlungseingang in voller Höhe verbucht werden.

Die Zahlungen erfolgen grundsätzlich innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele bzw. im Rahmen üblicher länderspezifischer Überschreitungen. Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden keine Wertberichtigungen für erforderlich gehalten.

Die im Konzernabschluss zum 31.03.2013 gebildeten Wertberichtigungen für Forderungen betreffen ausschließlich Ansprüche aus einem Liefervertrag mit der Republik Kosovo. Die berücksichtigten Wertminderungs- und Ausfallrisiken wurden dabei durch doloses Verhalten der für den Konzern im Kosovo tätig gewesenen Vertreterin, möglicherweise auch in Kollusion mit Vertretern des Ministeriums im Kosovo, hervorgerufen. Es handelt sich hierbei um einen Einzelfall. Der Konzern hat am 01.02.2013 eine Schiedsgerichtsklage gegen die Republik Kosovo bei der Internationalen Handelskammer in Paris eingebracht. Anteilige Prozess- und Verfahrenskosten wurden bei der Ermittlung der aus den Forderungen resultierenden erwarteten Zahlungsflüssen in Abzug gebracht.

Im Berichtsjahr 2013/14 hat sich das Schiedsgericht konstituiert. In einem ersten Verfahrensschritt hat das Schiedsgericht seine Zuständigkeit geprüft und bestätigt. Im zweiten Verfahrensschritt erfolgt die materielle Prüfung durch das Schiedsgericht. Eine diesbezügliche Entscheidung steht noch aus. Die im Berichtsjahr 2013/14 gebildeten Wertberichtigungen wurden unverändert fortgeschrieben, da aus dem laufenden Verfahren noch keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten.



Das Risiko bei anderen auf der Aktivseite der Bilanz dargestellten Finanzinstrumenten (insb. Guthaben bei Kreditinstituten) ist ebenfalls als gering anzusehen, da es sich bei den Vertragspartnern um Finanzinstitute mit guter Bonität handelt.

Währungsrisiko

Die Forderungen und Verbindlichkeiten des Konzerns bestehen im Wesentlichen in Euro. Das Währungsrisiko zum Bilanzstichtag ist somit sehr gering.

Offene Forderungen in Fremdwährungen

	31.03.2016	31.03.2015
in Tsd. BGN	0	331

Die Einkaufs- und Vertriebspolitik ist auch zukünftig darauf ausgerichtet, dass in Heimwährung fakturiert wird. So dies nicht durchsetzbar ist, wird bei zukünftigen Projekten der Einsatz von Absicherungsmaßnahmen geprüft.

Zinsrisiko

Der Konzern ist hinsichtlich seiner Finanzverbindlichkeiten Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. Das Zinsänderungsrisiko resultiert dabei insbesondere aus variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr 2015/16 wurde für den Ankauf einer neuen Druckmaschine ein ERP-geförderter Kredit mit fixem Zinssatz aufgenommen. Abgesehen von diesem Kredit waren zum 31.03.2016 alle langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sämtliche Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen variabel verzinst. Zum 31.03.2015 waren 100% der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sämtliche Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen variabel verzinst. Zum 31.03.2016 sind 67% der Finanzverbindlichkeiten variabel und 33% fix verzinst.

Zinsänderungsrisiken werden gemäß IFRS 7 mittels Sensitivitätsanalysen dargestellt. Im Rahmen der Sensitivitätsanalyse wird ermittelt, welche Auswirkung eine Änderung der Marktzinssätze auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie auf das Eigenkapital zum Bilanzstichtag nehmen würde. Wenn das Marktzinsniveau, bezogen auf den 31.03.2016, um 50 Basispunkte höher gewesen wäre, so hätte dies auf das Finanzergebnis des folgenden Jahres einen negativen Effekt in Höhe von TEUR 75 (im Vorjahr TEUR 83). Der Fair Value des neu aufgenommenen fix verzinsten Kredites beträgt zum 31.03.2016 TEUR 1.786.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos erfolgt im Konzern durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existieren langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indexierten Verkaufspreisen. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte ebenfalls mittel- und langfristige Rahmenverträge. Das Preisrisiko halten wir daher für gering.

Wesentliche Preisrisiken in Bezug auf Finanzinstrumente liegen nicht vor.

Derivative Finanzinstrumente

Im Konzern wurden sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

Zusätzliche Angaben zu den Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei sind bei allen finanziellen Vermögenswerten, die in der Folge nicht erfolgswirksam bewertet werden, die dem Erwerb direkt zu-rechenbaren Transaktionskosten zu berücksichtigen.

Zahlungsmittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie finanzielle Vermögenswerte haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert (IFRS 7.29 (a)).

Finanzielle Verbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert und in der Folgebewertung mit den fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC) bewertet.

Aus der nachstehenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verbindlichkeiten ersichtlich:

(in TEUR)	Buchwert 31.03.2016	Cash-Flows GJ 2016/17		Cash-Flows GJ 2017/18 – 2020/21		Cash-Flows GJ 2021/22 ff	
		Zinsen GJ 2016/17	Tilgung GJ 2016/17	Zinsen GJ 2017/18 – 2020/21	Tilgung GJ 2017/18 – 2020/21	Zinsen GJ 2021/22 – ff.	Tilgung GJ 2021/22 – ff.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.402	226	6.700	238	9.448	0	253
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.394	0	3.394	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	6.276	156	987	567	895	226	4.395
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	3.034	0	150	0	1.507	0	1.377

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten haben in der Regel kurze Restlaufzeiten. Die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Die beizulegenden Zeitwerte von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten werden als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Zinskurve ermittelt.

Bewertungskategorie nach IAS 39

Die Entwicklung der Aktiva und Passiva hinsichtlich der Bewertungskategorien nach IAS 39 stellt sich wie folgt dar:

Aktiva 31.03.2016 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2016	Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Anschaf- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2016
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	3.280	3.280	0	0	0	3.280
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	7.960	7.960	0	0	0	7.960
Finanzielle Vermögenswerte		146	93	0	0	53	146
<i>davon Wertpapiere</i>	<i>HfT</i>	<i>53</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>53</i>	<i>53</i>
<i>sonstige finanzielle Vermögenswerte</i>	<i>LaR</i>	<i>93</i>	<i>93</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>93</i>

Passiva 31.03.2016 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2016	Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Anschaf- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2016
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	3.394	3.394	0	0	0	3.394
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	16.402	16.402	0	0	0	16.285
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	FLAC	6.276	6.276	0	0	0	6.276
Finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	3.034	3.034	0	0	0	3.034

Aktiva 31.03.2015 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2015	Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Anschaf- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2015
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	2.392	2.392	0	0	0	2.392
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	7.716	7.716	0	0	0	7.716
Finanzielle Vermögenswerte		305	211	0	0	94	305
<i>davon Wertpapiere</i>	<i>HfT</i>	<i>94</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>94</i>	<i>94</i>
<i>sonstige finanzielle Vermögenswerte</i>	<i>LaR</i>	<i>211</i>	<i>211</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>211</i>

Passiva 31.03.2015 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2015	Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Anschaf- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2016
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	3.374	3.374	0	0	0	3.374
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	15.198	15.198	0	0	0	15.198
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	FLAC	6.931	6.931	0	0	0	6.931
Finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	2.813	2.813	0	0	0	2.813

Lediglich die Anteile an einer in Ungarn bzw. an einer in Griechenland börsennotierten Gesellschaft werden mit dem Fair Value bewertet. Für die Bewertung wird der Börsenkurs zum Bilanzstichtag herangezogen. Es handelt sich somit um Bewertungen nach Level 1 der Fair Value Hierarchie. Der Fair Value zum 31.03.2016 beträgt nach einer Kapitalrückzahlung in der Höhe von TEUR 25, TEUR 53 (im Vorjahr TEUR 94).

Nettofinanzergebnis nach Bewertungskategorien

2015/16 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX- Bewertung	Wert- minderung	Wert- steigerung	Netto- ergebnis
Held for trading (aktiv)	0	17	0	-16	0	0
Financial liabilities at amortized cost	-451	0	0	0	0	-451
Nettoergebnis	-451	17	0	-16	0	-451

2014/15 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX- Bewertung	Wert- minderung	Wert- steigerung	Netto- ergebnis
Held for trading (aktiv)	0	2	0	0	14	16
Financial liabilities at amortized cost	-465	0	0	0	0	-465
Nettoergebnis	-465	2	0	0	14	-449

4 Leasing

Leasingnehmer als operating lease

Der Konzern ist mehrere Vertragsverhältnisse als Leasingnehmer eingegangen. Bei einem Teil der eingegangenen Vereinbarungen handelt es sich um operative Leasinggeschäfte, die diverse Betriebs- und Geschäftsausstattung (Kopiergeräte, Personenkraftwagen) betreffen. Zum 31.03.2016 sehen die Verträge dabei Laufzeiten bis zu 47 Monaten vor.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aufgrund von operativen Leasingverträgen setzen sich für jede der folgenden Perioden wie folgt zusammen, wobei im Wesentlichen eine Kündigungsfrist von drei Monaten einzuhalten ist:

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	135	353	0	489
Gesamt	135	353	0	489

31.03.2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	124	55	0	178
Gesamt	124	55	0	178

Im Geschäftsjahr 2015/16 wurden Leasingzahlungen in der Höhe von rund TEUR 165 (im Vorjahr TEUR 162) als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer als finance lease

Darüber hinaus werden bestimmte Sachanlagen im Rahmen von Finanzierungsleasingvereinbarungen beschafft. Diese betreffen insbesondere technische Anlagen und Maschinen (Personalisierungsanlagen, Lasersysteme, Kuvertierungsmaschinen, Papierzählmaschinen) sowie Serverlandschaften. Weiters ist auch die Leasingvereinbarung über die Betriebsliegenschaft Tenschertstraße 7 (1230 Wien) als Finanzierungsleasing einzustufen. Die Restlaufzeiten der Vereinbarungen liegen zwischen 6 Monaten und 8 Jahren. Es handelt sich durchgängig um variabel verzinsten Verpflichtungen, die sich nach 3-Monats-EURIBOR bzw. 6-Monats-EURIBOR inklusive eines vertraglich vereinbarten Aufschlages bemessen. Alle Leasingvereinbarungen basieren auf schriftlich festgelegten Vertragslaufzeiten. Es wurden keine Vereinbarungen über bedingte Mietzahlungen getroffen.

Die Nettobuchwerte der Finanzierungsleasing-Anlagen je Gruppe von Vermögenswerten und deren Entwicklung sind aus folgender Darstellung ersichtlich.

(in TEUR)	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten				Buchwerte		Abschreibung		
	Stand 01.04.2015	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2016	31.03.2016	31.03.2015	kumuliert 31.03.2015	Geschäfts- jahr	kumuliert 31.03.2016
Gebäude	9.557	0	0	9.557	8.384	8.571	986	187	1.173
Technische Anlagen und Maschinen	5.833	0	0	5.833	1.261	1.776	4.057	515	4.572
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	697	0	0	697	235	340	357	105	462
Gesamt	16.087	0	0	16.087	9.879	10.686	5.400	807	6.207

Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern mit den Vermietern die folgenden Mindestleasingzahlungen aus den Finanzierungsleasingverträgen vertraglich vereinbart:

31.03.2016 (in TEUR)	Mindestleasing- zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	1.143	156	987
1 – 5 Jahre	1.462	567	895
> 5 Jahre	4.621	226	4.394
Gesamt	7.225	949	6.276

Mindestleasingzahlungen	7.225
abzgl. Zinsaufwand	-949
Barwert der Leasingzahlungen	6.276
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	-987
langfristige Leasingverbindlichkeiten	5.290

31.03.2015 (in TEUR)	Mindestleasing- zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	841	185	656
1 – 5 Jahre	2.333	591	1.741
> 5 Jahre	4.895	361	4.534
Gesamt	8.069	1.137	6.931
Mindestleasingzahlungen	8.069		
abzgl. Zinsaufwand	-1.137		
Barwert der Leasingzahlungen	6.931		
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	-656		
langfristige Leasingverbindlichkeiten	6.275		

Leasinggeber

Es besteht lediglich ein Mietverhältnis, bei dem der Konzern Leasinggeber ist. Es handelt sich dabei um ein operatives Leasing. Die jährlichen Erträge betragen TEUR 13, die Restlaufzeit beträgt 6 Jahre. Sämtliche Leasingzahlungen wurden vom Leasingnehmer bereits zu Beginn des Vertragsverhältnisses im Voraus entrichtet und werden im Konzernabschluss entsprechend über die Laufzeit der Vereinbarung ertragswirksam erfasst. Die noch nicht ertragswirksam vereinnahmten Entgelte werden als Abgrenzungsposten auf der Passivseite in den sonstigen Verbindlichkeiten dargestellt.

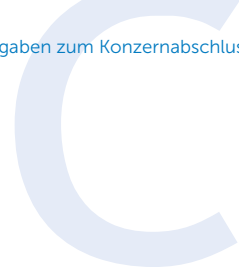
5 Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen

Als nahestehende Personen bzw. Unternehmen werden die beiden Kernaktionäre, die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung, sowie die von ihnen beherrschten oder ihnen nahestehenden Personen und Unternehmen behandelt. Weiters zählen zu den nahestehenden Personen auch die Mitglieder des Aufsichtsrates und die Mitglieder des Vorstands.

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH kaufte, wie im Vorjahr, im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Basis einer schriftlichen Vereinbarung von der ECP Capital Partners GmbH (Beteiligung von Herrn Dr. Strohmayer und Herrn Ing. Schächter) Beratungsleistungen im Wert von unverändert TEUR 390 zu. Von der Rubicon IT GmbH (mittelbare Beteiligung über Stiftungen von Herrn Dr. Strohmayer und Herrn Ing. Schächter) wurden im vorangegangenen Geschäftsjahr 2014/15 IT-Programmierleistungen im Wert von TEUR 325 bezogen.

Zum 31.03.2016 bestehen wie im Vorjahr Forderungen gegen nahestehende Personen in der Höhe von TEUR 117.

Zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms fand vom 30.09.2013 bis 18.10.2013 ein Aktienrückkaufprogramm statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstück-



zahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms fand vom 04.09.2014 bis 19.09.2014 ein Aktienrückkaufprogramm statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Die Vergütungen des Managements und der Mitglieder des Aufsichtsrates werden unter Punkt C8 angeführt.

6 Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung zeigt, wie sich die Zahlungsmittel des Konzerns im Laufe des Berichtsjahres durch Mittelzu- und Mittelabflüsse verändert haben. Innerhalb der Geldflussrechnung wird zwischen Zahlungsströmen aus der Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit unterschieden. Die in der Geldflussrechnung ausgewiesene Liquidität umfasst Kassabestand und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Darstellung der operativen Teile der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Im Bereich der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurden die Auswirkungen aus neuen Finanzierungsleasingvereinbarungen im Vorjahr in Höhe von TEUR 304 als unbare Vorgänge entsprechend bereinigt. Im Bereich der Investitionstätigkeit wurden Bereinigungen für noch nicht bezahlte Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Anlagenzugängen in der Höhe von TEUR 68 (im Vorjahr TEUR 90) vorgenommen.

Der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR -2.559 (im Vorjahr TEUR -4.075) und ergibt sich aus der Tilgung von Krediten und Leasingverbindlichkeiten sowie aus der Dividendenausschüttung. Im Vorjahr ist hier der Kauf eigener Anteile enthalten. Zinsen und Dividenden werden im Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit dargestellt.

7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zwischen dem Bilanzstichtag zum 31.03.2016 und der Freigabe zur Veröffentlichung am 31.05.2016 gab es keine angabepflichtigen Ereignisse.

8 Organe der Muttergesellschaft

Der Vorstand der Gesellschaft setzt sich aus Herrn Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herrn Prof. Reinhart Gausterer und Herrn Mag. Helmut Lackner zusammen. Es sind keine Prokuristen bestellt.

Als Aufsichtsräte sind Herr Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Herr Dr. Wilfried Stadler (stellvertretender Vorsitzender), Herr Mag. Wilhelm Hemetsberger und seit 11.07.2014 Herr Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof bestellt. Vom Betriebsrat wurden Herr Martin Smit und Herr Thomas Sperlich als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt. Die konstituierende Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft fand am 24.06.2010 statt. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind auch Mitglieder des Prüfungsausschusses. Herr Alfred Hahn schied mit 29.02.2016 und Herr Robert Nebel mit 31.03.2015 aus dem Aufsichtsrat aus, an deren Stelle sind Herr Martin Smit und Herr Thomas Sperlich als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten.

Für die Übernahme der Geschäftsführung in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH haben die Mitglieder des Vorstands Vergütungen wie folgt erhalten:

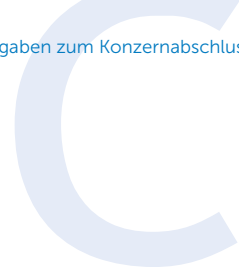
	2015/16 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Laufende Bezüge	559	514
davon variable Prämienbestandteile	187	149
Abfindung Aktienoptionsprogramm	0	402
Summe ausbezahlte Bezüge	559	917

An Beiträgen zu Mitarbeitervorsorgekassen und Abfertigungsrückstellungsdotierung wurden TEUR 13 (im Vorjahr TEUR 23) entrichtet. Im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen (Aktienoptionsprogramm) wurde zusätzlich ein Betrag von TEUR 127 (im Vorjahr TEUR 197) im Personalaufwand erfasst.

Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Herrn Ing. Schächter miteinschließt.

Die Aufsichtsräte erhielten eine Vergütung von TEUR 21 (im Vorjahr TEUR 16).

Es wurden keine Vorschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrates gewährt. Zugunsten des Vorstands oder der Aufsichtsräte wurden keine Haftungsverhältnisse eingegangen.



Der Vorstand hat den Konzernabschluss am 31.05.2016 freigegeben und zur Prüfung und Billigung an den Aufsichtsrat weitergeleitet.

Wien, 31. Mai 2016

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

An die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Wien

Wir haben die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2016 der

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Wien

(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 10. Juli 2015 der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien, wurden wir zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015/2016 gewählt.

Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Konzernabschluss zum 31. März 2016 und den Konzernlagebericht gemäß §§ 269ff UGB zu prüfen. Über die ebenfalls vereinbarte Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. März 2016 berichten wir mittels gesonderten Berichtes.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Konzernabschlusses die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Der Konzernlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Es ist auch festzustellen, ob ein Corporate Governance-Bericht (§ 243b UGB) aufgestellt wurde.

Der Konzernabschluss zum 31. März 2016 wurde gemäß § 245a UGB in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board ("IASB") verabschiedeten International Financial Reporting Standards ("IFRS"), den Interpretationen des Standard Interpretation Committee ("IFRIC") sowie den Standards Interpretation Committee ("SIC") erstellt, welche zum Abschlussstichtag in Geltung und von der Europäischen Union übernommen waren.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufsmäßigen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen.

Wir weisen darauf hin, dass die Konzernabschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Konzernabschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem Rechnungslegungs- und internen

Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche Fehldarstellungen im Konzernabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Im Rahmen der Prüfung wurden die im Konzernabschluss zusammengefassten Jahresabschlüsse daraufhin geprüft, ob sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen und ob die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften beachtet worden sind.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im überwiegend in den Räumen unserer Kanzlei in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. Gerhard Posautz, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 Abs. 2 UGB sinngemäß zur Anwendung.

2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie zum Corporate Governance Bericht

Bei der Prüfung der Konsolidierung sowie der einbezogenen Jahresabschlüsse wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung festgestellt. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse berücksichtigen im Wesentlichen die vom Mutterunternehmen für den Konzernabschluss vorgegebenen einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien und stellen eine geeignete Grundlage für die Einbeziehung in den Konzernabschluss dar. Die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften wurden beachtet.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Konzernabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Der Konzernlagebericht entspricht nach unserer abschließenden Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften (§ 267 und § 243a UGB) und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Die Beschreibung der wichtigsten Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist unseres Erachtens zutreffend.

Die Gesellschaft hat einen Corporate Governance-Bericht gemäß § 243b UGB erstellt. Eine materielle Prüfung dieses Berichtes war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

2.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

2.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des Konzerns gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

3. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Wien

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2016 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. März 2016, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzerngesamtergebnisrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals für das am 31. März 2016 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Konzernbuchführung

Die gesetzlichen Vertreter des Konzerns sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie mit den in Österreich geltenden anzuwendenden Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler, ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst

getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. März 2016 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2016 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie mit den in Österreich geltenden anzuwendenden Vorschriften.

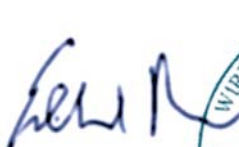
Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 2. Juni 2016

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


Mag. Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer


Mag. Peter Bartos
Wirtschaftsprüfer



Mit Blick auf die Zukunft



Dr. Johannes Strohmayer, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Der Aufsichtsrat der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat im Geschäftsjahr 2015/16 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung überzeugt. Neben der Überwachung der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich der Aufsichtsrat vor allem mit der strategischen Ausrichtung des Unternehmens befasst. Im Berichtsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und eine Sitzung des Prüfungsausschusses statt.

Der gemäß UGB erstellte Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2016, der gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss zum 31.03.2016 und die Lageberichte für das Geschäftsjahr 2015/16 wurden von der BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Einklang mit den in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses zum 31.03.2016 und der Lageberichte für das Geschäftsjahr 2015/16 durch den Aufsichtsrat haben zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Der Bericht des Abschlussprüfers BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrates vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat sich mit dem geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2016, dem Konzernabschluss zum 31.03.2016 sowie den Lageberichten für das Geschäftsjahr 2015/16 einverstanden erklärt, den Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2016 gebilligt und damit den Jahresabschluss gemäß § 96 Abs 4 Aktiengesetz festgestellt.

Wien, am 10. Juni 2016



Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Vorschlag für die Gewinnverteilung

Der Vorstand wird in der am 14. Juli 2016 stattfindenden 6. ordentlichen Hauptversammlung vorschlagen, aus dem im Jahresabschluss zum 31.03.2016 ausgewiesenen Bilanzgewinn von EUR 13.245.200,12 eine Dividende von EUR 0,45 je (dividendenberechtigter) Aktie (in Summe EUR 3.273.750,00 auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 9.971.450,12 auf neue Rechnung vorzutragen.

Wien, im Mai 2016

Der Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z3 BörseG

Als gesetzliche Vertreter der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss zum 31. März 2016 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 26. Mai 2016



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7
1230 Wien

Sicherheit und Vertrauen weltweit.







IDENTITÄTEN SICHER MANAGEN

Seit über 200 Jahren – und in digitaler Zukunft.